

Wante. Es freut mich sehr, daß die Internationale Föderation zur Bekämpfung der Prostitutionen-Reglementierung den letzten Anweisungen des Vereines zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mit Entschiedenheit entgegengetreten.

Die Debatte brachte eine Kränkung, die den Geist unserer Sittlichkeitswächter fast noch besser kennzeichnet als die Referate. Fräulein Paula Müller, die Vertreterin des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, bedauerte z. B. ganz unendlich, daß der Verein für Mutterschutz das Wort „Gefahren“ für uneheliche Mütter ausgemerzt habe. Der Deutsch-Evangelische Frauenbund wolle den Gefährten helfen, nicht weis, sondern trotzdem sie gefallen seien. Ansprechend bedauerte es dann auch Pfrarrer Vic. Weber, daß der Minister des Innern an den Mutterschutzverein ein wohlwollendes Schreiben gesandt habe. Es sei dringend erforderlich, über die Bestrebungen des Mutterschutzvereins die erforderliche Aufklärung zu geben, damit die Verwirrung nicht noch größer werde. Den Vogel schossen aber zwei andere Pastoren ab. Pastor Philippus-Möyner bezeichnete es als notwendig, den Ehebruch und auch die Anstiftung in der Ehe ohne Strafantrag zu verfolgen. Pastor Wagner-Prüfer aber forderte, an Geschlechtskrankheiten erkrankte Soldaten dadurch zu bestrafen, daß sie die Zeit, die sie im Lazarett zubringen, nachbieten müssen. Das beste Mittel, um die Soldaten zur Verheiratung geschlechtlicher Krankheiten und zur Quacksalberei zu bringen, also die Geschlechtskrankheiten zu verbreiten!

Die Enttödelung geht ihren Gang und vorwärts treibt sie der Menschen unaufhaltbares Drängen, aber wenn wir an die Räder uns hängen, wie Mäuler, wird man sie nicht so bald hinauswälzen, die Welt, aus ihren alten Gleisen — denkt Weber mit seinen stillen Freunden. Aber auch diese Ränge gedrückt das Rad der Zeit.

Politische Uebersicht.

Ich, der große Diplomat. Führt Bülow hat sich von einem französischen Zeitungsmann aushorchen lassen, um den Ruhm seiner genialen Marokkopolitik auch dem Volke jenseits der Röhren zu verklären. Folgendes erzählte er in Baden-Baden dem Mitarbeiter des „Reichsboten“:

In gewissen Zeiten war Frankreichs Politik in einer Weise geleitet worden, daß man es für ihr wesentliches Ziel haben mußte. Deutschland zu isolieren, und das die leitende Grundtatsache sein, uns mit allen Mitteln feindselig zu sein. Ich möchte allerdings niemanden angreifen, aber ich erinnere daran, daß ich vor 1 1/2 Jahren, als das französisch-englische Abkommen betreffend Marokko abgeschlossen wurde, im Reichstage die Erklärung abgab, das französisch-englische Abkommen lehne ich keineswegs gegen Deutschland gerichtet zu sein, jedoch hinzuzufügen, daß mir keine offizielle Mitteilung davon gemacht worden sei. Glauben Sie nicht, daß man mir damals diese Mitteilung, die ich für wenig wert, hätte machen sollen? Nichts dergleichen gab, und wir hatten einen Beweis mehr, daß die französische Politik uns nicht nur isolieren, sondern sogar vertreiben wollte.

Es kam der Tag, wo zweifellos zur Krönung ihres Wertes diese Ausschließungspolitik eine Tendenz verriet, Marokko in ein zweites Tunis umzugestalten. Deutschland, das an Marokkos Handel interessiert ist und das ein Recht hätte, sich an der Verwaltung dieses Landes zu beteiligen, wurde durch die Politik der beiden Mächte, die die Ausschließungspolitik verfolgten, zu Schaden zu kommen. Dies war unvereinbar mit der Unabhängigkeit Marokkos, die durch internationale Verträge festgelegt war, unvereinbar auch mit der wirtschaftlichen und handelspolitischen Freiheit — kurz, eine ernste Lage war das Ergebnis, und es hielt schwer, aus dieser Lage herauszukommen, ohne daß die Würde eines der beiden Länder darunter litt.

Wer hat dies verschuldet? Und wie kann man sagen, daß Deutschland durch seine Intervention irgendwelche Voreingenommenheit oder Eingebundenheit an den Tag gelegt habe, daß es Frankreich feindselig gegenüber sei, während Deutschland doch nur für seine Staatsangelegenheiten und seine Interessen sorgte, während es doch nur seine Pflicht als große Nation erfüllte, wie Frankreich selbst es getan. Um derartiges zu behaupten, muß man absichtlich vergeßen, daß die Politik Deutschlands seit langem den Wunsch hegt, die Beziehungen mit Frankreich zu verbessern. Zeigen die letzten abgeschlossenen Unterhandlungen nicht, daß wir uns darauf beschränkt haben, in Marokko das Regime der offenen Tür zu sichern, das wir keinen Vorteil besonderer Natur, territorialer oder sonstiger Art, für uns verlangt haben?

Wir haben uns bereit, die besondere Situation Frankreichs anzuerkennen. Im Vertrauen auf die Loyalität der französischen Regierung haben wir zugegeben, daß die Konferenz sich nicht mit der Volksfrage an der algerisch-marokkanischen Grenze zu beschäftigen hat. Frankreich wiederum hat den Abschied nebensächlicher Geschäfte anerkannt, die zwischen dem Maghzen und deutschen Banken und Unternehmern vereinbart worden waren. Da unsere wirtschaftlichen Interessen, die zu ihrem Schutze in Marokko des freien Rückverkehrs bedürfen, nunmehr nicht zu befürchten haben und unsere nationale Würde vor jeder Verletzung sicher ist, haben wir Frankreich die besondere Stellung zuerkannt, die es seiner Grenze verdankt.

Bzüglich der Marokko-Frage selbst haben wir es gleichfalls und mit Rücksicht auf alle irgendwie beteiligten Personen der Konferenz überlassen, diese Frage zu studieren, und Abhilfe zu finden. Die eben stattgefundenen Verhandlungen und das jüngst abgeschlossene Abkommen haben den Leuten gezeigt, daß ihnen gegenüber in Frankreich sich etwas geändert hat und daß man seit einiger Zeit ihnen gegenüber eine lobliche Politik verfolgt. Das ist ein für beide Völker glückliches Ereignis. Ich freue mich, das Verdienst davon zum großen Teile Herrn Neubauer beizumessen, der die Lage von einem höheren Gesichtspunkte aus beurteilt und aufrichtig an dem Aufhören der Spannung mitgearbeitet hat. Ich weiß wohl, es gibt Unzufriedene; das war vorauszuversetzen. Ein deutscher Blatt hat sich beklagt, daß Deutschland nicht versucht hat, besondere Vorteile zu erlangen. Diese Kritiker vergessen, daß das niemals der Zweck der deutschen Politik war. In Frankreich könnte bei ihren Frondeuren der Verdacht entstehen, daß die gegenwärtige Politik Deutschlands in Marokko nur allein einen aggressiven Charakter behalte, sowie daß neue Schwierigkeiten vor, während oder nach der Konferenz herbeigeführt werden könnten. Das heißt vollständig vergeßen, daß die deutsche Aktion seit Beginn der Marokko-Angelegenheit eine ausschließlich defensive Aktion war. Ein Risiko, wie es sich in dieser Annahme zeigt, ist durch nichts gerechtfertigt. Der Presse der beiden Länder liegt es ob, zwischen unseren beiden Vätern ein Gefühl des Vertrauens zu schaffen; die beiden Regierungen wünschen dies aufrichtig.

Mit Genugthuung und mit Freude würde man die nächsten Zeiten erwarten können, wenn gewisse Franzosen und gewisse Deutsche sich nicht mehr als notgedrungenen traditionellen Feinde betrachteten; wenn sie einsehen, wie fruchtbar der aufrichtige völlige Frieden zwischen zwei großen Völkern ist, wie viel Großes er herbeiführt.

Auf die Frage, was er über die russisch-deutsche Annäherung sage, antwortete der Reichskanzler:

„Alles mögliche Gute. Die russisch-deutsche Freundschaft besteht, und ich glaube, daß es den Franzosen nur angenehm sein kann, zu Russland und in guten Beziehungen zu stehen. Die Franzosen haben ein Interesse daran, daß ihr Verbündeter einen Freund mehr hat. Wir beglückwünschen uns aus demselben Grunde an der französisch-italienischen Freundschaft.“

Daß Bülow überhaupt um dieses Marokko willen, dessen Handelsbedeutung für Deutschland gleich Null ist, eine Staatsaktion einleitete, die uns bis an den Rand des Krieges führte, ist ein Fehlgriff, der durch keine noch so schöne und sanfte Rede hinweggewischt werden kann. Nur der Rücktritt des französischen Volkes und der französischen Regierung ist es zu danken, wenn die Verhältnisse sich nicht noch mehr zuspitzten und das Hauptverhängnis bei der Verhütung des aufgeregten französischen Volkes gebührt — welche Fronte, daß Bülow dies zugeben mußte — dem Sozialdemokraten Jaures.

Und wie in diesem besonderen Falle, so steht immer. Wer tritt denn für den aufrichtigen völligen Frieden zwischen den beiden Kulturnationen ein? Die verfolgten Notizen. Wer hegt die Nationen gegeneinander? Die hochgeehrten Patrioten. Wollte Bülow seine pomphaft verkündeten Absichten ernsthaft verwirklichen, müßte er sich an die Sozialdemokratie anlehnen. Die aber bedankt sich und läßt ihn unzufallen. Der Glanz des Kanzler-Ruhmes entpuppt sich also bei genauem Zusehen als bunter Flitter!

Wieder einmal ein Zentrumsversprechen.

Ueber die Finanzlage und die Steuerpolitik des Deutschen Reiches hat der Zentrumsabgeordnete Müller-Fulda kürzlich im Volkstagen für das katholische Deutschland zu Geisa gesprochen. Nach der „Germ.“ betonte er besonders, daß das Zentrum niemals dafür zu haben sein werde, etwa nötige neue Steuern den arbeitenden Klassen aufzubürden, sondern, daß das Zentrum nach wie vor verfolge, daß die wohlhabenden und reichen Leute in stärkerem Maße zu den Lasten herangezogen würden.

So legt das Zentrum vor jedem Umfall los. Es ist höchst vom Fuldaer Müller, daß er das zehnmal gebrochene Versprechen erneuert, um so greller wird der neue Umfall auffallen. Also aufgepaßt!

Glänzendes Resultat parlamentarischer Kolonialnarrerei.

Die von der Studienfahrt nach Afrika zurückgekehrten Abgeordneten richteten bei ihrer Ankunft in Hamburg folgendes Telegramm an Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft:

Seiner Hoheit Johann Albrecht zu Mecklenburg.

Bei der Rückkehr nach Deutschland sprechen die unterzeichneten Mitglieder des Reichstages Eurer Hoheit ihren Dank aus für die Veranlassung der Reise nach Togo und Kamerun. Wir hoffen, daß unsere Erfahrungen, die wir auf unserer Reise sammeln konnten, für die Kolonien und damit für deren Vaterland von Nutzen sein werden. Wir sind, daß die Reise am Beginn einer glänzenden Entfaltung stehen.

Dr. Arenst. v. Böhlendorf. Goller. v. Nichtsoten. Storz.

Die Herren sind so vorichtig, wenigstens nur den Beginn einer glänzenden Entfaltung zu prophezeien, bemerkt dann der „Vorwärts“ lakonisch. Wie „glänzend“ sich bisher Kamerun und Togo „entfaltet“ haben, mögen einige Zahlen beweisen. Die deutsche Einfuhr nach den beiden Kolonien hatte 1904 einen Gesamtwert von 6.442.000 Mark, die Ausfuhr derselben nach Deutschland von 6.634.000 Mark. Für diesen Handel zahlte das Reich einen Barzuschuß von 5.980.000 Mark. Ein glänzendes Geschäft! Unter der Einfuhr figurieren die Spirituosen mit 2.711.000 Mark beinahe an erster Stelle! Da sich in beiden Kolonien zusammen nur 899 Weisse befinden, ergibt sich, daß die Kultur auch hier hauptsächlich durch Verbreitung der Schnapspest betrieben wird!

Eine gesunde Idee. Aus Ouben kommt das Heil.

Der dortige Staatsanwalt Schmittenberg hat das Mittel gefunden, um die Sozialdemokratie ein für allemal unschädlich zu machen. Herr Schmittenberg, obgleich ein strenger Staatsanwalt, macht es ganz unblutig, ohne Galgen und Rad, durch eine einfache Ergänzung des § 11 des Pressegesetzes. Verblüffend einfach ist der Plan, den Herr Schmittenberg, der Staatsanwalt, im Sprechsaal der „Nordb. Allgem. Zeitung“ entwickelt: die Sozialdemokratie soll zu Tode demontiert werden in ihrer eigenen Presse. Es soll, so will es Herr Schmittenberg,

„der Presse allgemein die Verpflichtung auferlegt werden, auf jede Auslassung jeglicher Art eine Erwiderung der Regierung oder einer bestimmten Regierungsstelle... aufzunehmen, und zwar bis zur gleichen Zeitenszahl unentgeltlich, darüber hinaus gegen Zahlung der üblichen Inzertionsgebühren.“

Herr Schmittenberg erwartet von einer solchen Disziplin ausgezeichnete Wirkungen und schlägt die Einrichtung einer besonderen Presseabteilung vor, die sich ausschließlich mit der Kontrolle der Presse und der Ausarbeitung von Entgegnungen zu befassen hätte. Herr Schmittenberg ist der Ueberzeugung, daß die Annahme des neuen Demontierparagrafen bei den gesetzgebenden Faktoren auf keine Schwierigkeit stoßen würde. Soweit dabei die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages in Betracht kommt, trifft die Meinung des Staatsanwalts sicherlich zu: dafür werden schon die Geschäftsführer der sozialdemokratischen Parteiverlage sorgen, denen bei dem Gedanken an die unbezahlte Mitarbeiter-schaft der Regierung und die noch abendrein zu erwartenden neuen Inserateinnahmen jetzt schon das Wasser im Munde zusammenläuft. Im Schatten des freiwillig erweiterten § 11 des Pressegesetzes sehen wir die Palme der sozialen Verjüngung spritzen, und des Propheten Jesaja Verkündigung, „Woll und Samum auf einer Weide grasen.“ Es gilt den Versuch!

Die patriotischen Briefstaben. Aus der alten Sagenwelt.

Wir wissen von patriotischen Wünschen, die durch ihr Geschick das Kapital gerettet haben. Patriotische Briefstaben zu erfinden, blieb der Kriegeresbesessenen des „freien“ deutschen Bürgertums vorbehalten. Unschicklich des Briefstabenwettflugs Stuttgart—Berlin wurde folgende Depesche an Wilhelm I. abgelassen:

„Ew. Kaiserliche und Königl. Majestät! Ueber 6000 getötete Polen stehen bereit, im schnellen Fluge nach allen Gegenden Deutschlands zu eilen und Kunde zu bringen von der unter dem allhöchsten Protektorat Eurer Majestät des Königs Wilhelm II. von Württemberg stehenden Allgemeinen Anstellung des Deutschen Militär-Briefstaben-Liebhaber-Verbandes. Sie werden, wenn einmal der Ruf des obersten Kriegsherrn an sein Volk ergehen sollte, sofort bereit sein, sich den Befehlen Ew. Kaiserlichen und Königl. Majestät unterzuordnen. Unterthänig.“

Daß Tauben, die doch wegen ihrer sprichwörtlichen Sanftmütigkeit seit Nochs Zeiten als Symbol des Friedens gelten, einen so kriegerischen Willen befunden, hätten wir nicht für möglich gehalten. Daß sie sich aber aus freien Stücken den „Befehlen des obersten Kriegsherrn unterordnen“, ist recht brav von den Tierchen und dürfte einigermaßen dafür entschädigen, daß der Geist des Umsturzes immer weitere Kreise zieht. Das bekannte Bibelwort ist umzuändern: „Seid patriotisch wie die Tauben!“

Die Fleischnot will auch der Dortmunder Magistrat durch Heranschaffung einer großen Menge von Seefischen bekämpfen.

Das Gemeindefolgeamt in Nürnberg beschloß, den Magistrat aufzufordern, in schleunigster Erwägung wegen Bezuges und Abkömmlingen von Seefischen in möglichst billigen Preisen einzutreten, um so der Fleischnot abzuwehren.

Mit Rücksicht darauf, daß die Preise für Schlachttiere durch die massenhafte Einfuhr von Einfließern nach Norddeutschland nennenswert eine weitere Steigerung erfahren haben, beschloß die Fleischnotkommission in Heilbronn, bei der Stadververwaltung die sofortige Aufhebung der Fleischsteuer zu beantragen.

Die Gemeindeväter von Kolmar, Metz, Habern, Wischweiler und Schwemmer beschloßen, sich der Petition des Mühlbacher Gemeinderats wegen Öffnung der Grenzen zur Befreiung der Fleischnot anzuschließen.

Baron Kultusminister? Die am Montag erfolgte Ernennung des Professors Adolf Baron als Generaldirektor der königlichen Bibliothek hat in dem „Reichsb.“ einen entsetzlichen, schwarzen Verdacht erweckt. Wie man dem Baronemoran schreibt, gibt es Preise, die zu lauten, daß der jetzige Kultusminister Dr. Staudt seinen Nachfolger in das Amt eingeführt hat, das Baron zum Übergang und Sprungbrett in das Kultusministerium dienen soll. Er wird ernsthaft von manchen als kommender Mann dort betrachtet. Darob herrscht große Empörung in dem Blatte der Orthodoxie, obwohl das Ganze nur eine Ente ist.

Nachwehen der Siberia-Affäre. Die Essener Strafkammer verurteilte die beiden Handelsvertreter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, Dr. Fampes und Währen, ersteren wegen öffentlicher Beleidigung des Amstichters Mademacher, der bei dem Verhandlung zwischen Siberia und Fiskus stellvertretender Registrator war zu 200 Mk., letzteren wegen Habrästigkeit zu 50 Mk. Geldstrafe.

Parlamentarisches. Die Entscheidung über die Frage der Einberufung der Parlamente wird erst Mitte Oktober im Bundesrat und Staatsministerium fallen. Wie verlautet, wird sich der Bundesrat am 6. Oktober mit dieser Frage noch nicht befassen. Die Entscheidung wird erst fallen, wenn Herr Bülow aus Baden-Baden zurückkehrt und der Bundesrat die Reichsfinanzangelegenheiten beraten hat.

Aus Deutsch-Ostafrika. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet: Nach telegraphischer Meldung ist die Missionsstation von Perim I. Jacobi, in der Nähe des Sultanates Uenaula (Bezirk Schongea) in Deutsch-Ostafrika, von Unbekannten angegriffen worden. Die Familie des Missionars Gröschel hat sich nach der Missionsstation Iwemba (Bezirk Iwemba) zurückziehen müssen, wo sich nunmehr bei dem Missionar Schumann Gröschel und seine Angehörigen aufhalten.

Wetels Erbschaft. Der „Vorwärts“ gibt zu diesem Thema folgende aufklärende Mitteilungen: Nachdem das Unter Landgericht das Testament des verstorbenen Leutnant H. Kollmann, der Wetel und die Familie eines seiner Brüder als Erben eingesetzt hatte, für rechtsgültig erklärt hatte, erfolgten auf Wetels Anträgen Vergleichsverhandlungen. Diese haben vor einigen Tagen ihren Abschluß in der Weise gefunden, daß nach Abzug der gesamten Gerichtskosten die verlassenschaftliche der geminnende Teil zu tragen hat — das vorhandene Vermögen in zwei gleiche Teile geteilt wird, wobei auf jeden Teil nahe an 400.000 Mk. kommen dürften. Von diesem zahlte der Witwe Wetels an seine Verwandten 60.000 Mk.; Wetel hat sich bereit erklärt, die Summe an die Geschwister des Verstorbenen auf 192.000 Mk. festzusetzen. Die Erbschaftsteuer sollen auch für diesen Teil Wetel zur Last, so daß dieser im ganzen hierfür weitere 31.000 Mk. zu zahlen hat. Der Partei überweist Wetel für verschiedene Parteizwecke 45.000 Mk. Der Rest verbleibt ihm.

Das Mittagessen der Armen. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus München geschrieben: In den Straßen an der Peripherie der Stadt fand man bisher in den Fenstern der Wirtschaften Bettel mit der Aufschrift: „Lieben, daß man dort um 30 oder 35 Pfennig zu Mittag speisen könne.“ Das war für die ärmeren Leute und für die Arbeiter, die entweder keine Familie haben, oder deren Arbeitsstätte zu weit von ihrer Wohnung entfernt ist. In der Vorstadt Au haben sich nun die Wirte gegenseitig verpflichtet, von jetzt an wegen der hohen Fleischpreise keinen Mittagstisch mehr unter 50 Pfg. zu geben. Fleischnot besteht aber nicht, wie auch keine Erschwerung der Ernährung der unteren Klassen besteht!

Ein auffälliges Urteil und eine noch auffälliger Begründung ergab eine Schöffengerichtsverhandlung gegen den Rechtsanwalt vom „Volkswille“ wegen Beleidigung eines Schatzbesitzers Brinkmann. Dieser hatte auf dem letzten hannoverschen Schützenfeste ein Bierfest, und dort bemerkte der Angeklagte eines Abends in Begleitung einiger anderer Personen, daß in dem Zelte nach 11 Uhr Abends Schulknaben arbeiteten, Gläser und Keller einholten usw. Eine gleiche Tätigkeit von Schulkindern war Tags zuvor auch von anderen Personen beobachtet worden. Der Angeklagte leitete einen der Knaben an, um die näheren Umstände und Personalien festzustellen. Der Knabe lief aber fort und verschwand im Zelte, ein Beweis, daß er über das Angeklagte seines Tuns orientiert und offenbar von seinem Arbeitgeber vorher angewiesen war, im Betrugsfalle auszuweichen. An der allseitig eifrig bedachten Tatsache selbst ist also nicht zu rütteln. Der Angeklagte leitete nur hatte diese Uebertretung des Rindererschützes verbüßtemäßig geübt und dabei seine Angriffe gegen den Zeitschreiber Brinkmann gerichtet, in der begreiflichen Annahme, daß dieser die Knaben beschäftige. Brinkmann aber und einige Angestellte von ihm bedenkten eifrig, daß sie keine Knaben gesehen hätten, die im Zelte arbeiteten; sie hätten keine Angestellte und hätten auch nicht, daß das sonst gesehen sei. Rechtsanwalt Weinert wurde deshalb wegen Beleidigung des Zeitschreibers Brinkmann zu drei Wochen Gefängnis verurteilt; der Staatsanwalt hatte sogar sechs Wochen beantragt. Interessant ist, daß der Staatsanwalt meinte, die Kinder hätten ohne jeden Auftrag freiwillig zu ihrem Vergnügen im Zelte gearbeitet (des Nachts zwischen 11 bis 12!). Und der Amstichter führte in seinem Urteil aus, der Angeklagte habe nicht einmal im guten Glauben

gehandelt; der Zweck seines Artikels sei nur gewesen, Ungleichheit und Erbitterung hervorzurufen. Statt den Vorfällen in seiner Zeitung breitzutreiben, wodurch er den öffentlichen Frieden gefährdet habe, hätte er, wie jeder andere „Kritiker“ die Sache der Politik melden sollen. Er habe in der Absicht gehandelt, Brinnmann zu beleidigen. Eine derartige Urteilsbegrenzung verdient allgemeine Verbreitung.

Anslaud.

In Oesterreich geht wieder einmal nett zu — im Lande, wie im Abgeordnetenhaus. Die Gesamtzahl der in den letzten vier Tagen in Brünn verurteilten Personen wird, der „Post. Ztg.“ zufolge, auf 600 geschätzt. Zu der Verurteilung des ersten hiesigen Richters Pawlik waren aus ganz Mähren Abordnungen angefordert und insolge dessen umfassende Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Am Sonnabend wollen hiesige Gembetreibende den Boykott der deutschen Geschäfte durchführen.

Im Abgeordnetenhaus berichtete zu Beginn der Sitzung der Obmann des Wahlprüfungsausschusses, Eloy, daß die Wahlprüfungskommission die Wahlprüfung der Abgeordneten in der Sitzung vom 1. d. M. abgeschlossen hat. In der fortgesetzten Debatte über die Regierungserklärung erklärt der Ministerpräsident, er wolle die Ausstellungen in Brünn durchaus nicht auf Rechnung der Parteien stellen, müsse jedoch konstatieren, daß ein Teil der Brüner Bevölkerung sich durch gewissenlose Agitatoren, die sich im entscheidenden Moment der Verantwortung zu entziehen suchten, zur Aufregung und Angriffen auf fremdes Eigentum hätte hinreißen lassen, die selbstverständlich unter allen Umständen auf das Schärfste verurteilt werden müßten. Die eingeleitete Untersuchung werde völlig unparteiisch die Wahrheit feststellen und die Schuldigen der verdienten Strafe zuführen. Es seien die umfassendsten Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Ausschreitungen getroffen, doch sollten zunächst die bürgerlichen Freiheiten nicht eingeschränkt werden. Abgesehen von der Regierung jedoch auch zu außerordentlichen Maßnahmen schreiten. Der Ministerpräsident vermahnt die Regierung gegen den Vorwurf mangelnder Voraussicht und appelliert an die moralische Macht der Parteien, die allein die nationalen Eigenschaften einzugraben vermöge. Er erklärt, die Regierung begehne dem ihr in der Nationalitätenfrage bei derartigen Gelegenheiten gemachten Vorwurf, die Schuld an dem Ereignis zu tragen, mit um so größerer Ruhe, als sie sich bemühe, allen Parteien gegenüber gleiches Recht walten zu lassen. Auf die festgestellte Tatsache der Aufregung der Regierung aber würden die Argumente der Strafe in keiner Richtung und keiner Weise Einfluß üben. (Beifall.) Während der Rede des Ministerpräsidenten entstand ein heftiger Wortwechsel zwischen den tschechisch-Rabiaten und den deutsch-Rabiaten.)

In der fortgesetzten Verhandlung über die Regierungserklärung sprechen Schraffl (Christl. Soz. Vereinigung) und Bartoli (Nal. Vereinigung), worauf die Debatte geschlossen wird. Graf Sternberg wird zum Generalredner gewählt. Er beginnt seine Rede mit einer Polemik gegen den Ministerpräsidenten und den Abg. Lecher und wird wiederholt vom Abgeordneten Wolf durch Zwischenrufe unterbrochen. Er fordert denselben mit drastischen Ausdrücken auf, ihn nicht länger zu unterbrechen. Graf Sternberg, der in seiner Rede gerade den Baron Lubitzowski angegriffen hat, erhält vom Präsidenten einen Ordnungsruf. Einen Augenblick später schließt der Graf Sternberg gegen den Abg. Wolf, der ihn neuerlich unterbrochen hat, das neben ihm stehende Wasserglas, worauf ein unbeschreiblicher Tumult entsteht. Die Abgeordneten schreien, drohend gegen Sternberg gegendel. Der Präsident läutet vergebens. Er erklärt, er glaube das Benehmen Sternbergs hinreichend qualifiziert zu haben. Er verfüge leider über kein stärkeres Disziplinarmittel. Er ermahnt den Redner, seine Rede fortzusetzen. (Anhaltende Rufe: Er darf nicht sprechen! Das Wort entziehen!) Da der Rärm fortwährend anhält, unterbricht der Präsident die Sitzung. Der Rärm dauert noch einige Zeit an, bis Graf Sternberg den Saal verläßt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung spricht der Präsident sein Bedauern über das Vorgehen des Abg. Grafen Sternberg aus. Graf Sternberg bedauert, daß er sich in der Notwehr zu einer unparlamentarischen Handlungsweise habe hinreißen lassen. (Andauernder Rärm.) Seine Handlungsweise sei nur Notwehr gegen die Terroristen des Parlaments gewesen. Dem Grafen Sternberg wird hierauf das Wort entzogen. Unter anhaltendem Rärm wird dann die Sitzung geschlossen. Die Vorlesung wird morgen fortgesetzt.

Keine Bestrafung der Eisenbahner. Kaiser Franz Josef hat auf Antrag des ungarischen Justizministers die Einstellung des gegen die Angestellten der ungarischen Staatsbahnen wegen der Verweigerung der Dienstpflichten während des ungarischen Eisenbahnstreiks im April 1904 im Zuge befindlichen Strafverfahrens angeordnet. Die noch nicht eingeleiteten Strafverfahren werden nicht durchgeführt. Ferner wird denjenigen, die damals wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt rechtskräftig verurteilt worden sind, die Strafe erlassen.

Noch immer in der Krise. Der ungarische Ministerpräsident Baron Fejervary wurde erneut vom Kaiser in einer Privataudienz empfangen, an der Graf Goluchowski teilnahm. Nach der Audienz erklärte Baron Fejervary, daß die Entscheidung noch nicht gefallen sei. Die ungarischen Minister Kissffy und Lanyi sind heute früh nach Budapest zurückgekehrt.

Nach dem Kriege. Der geheime Rat Japans stimmt dem Friedensvertrag zu.

Der geheime Rat beschloß weiter die Aufhebung des Kriegszustands in Sasebo, Nagasaki, Fuchima und Hakodate.

Ein Befehl des Generals Vinetitsch an die mandchurische Armee besagt: Alle Truppen bleiben auf ihren Positionen; die Soldaten müssen Winterausrüstung erhalten; nach der Ratifikation des Friedensvertrages geht die Armee nördlich zurück und wird teilweise in chinesischen Dörfern, teilweise in Hütten untergebracht werden.

Rußland fürchtet sich, vor den Duma-Wahlen die Truppen in die Heimat zu bringen. Sie sollen erst ausgehungert und energielos gemacht werden.

Die Hafenarbeiter in Kronstadt sind von neuem in den Ausstand getreten. Auf den Auslandsdampfern ist die Arbeit eingestellt.

Arbeiterbewegung.

Der Sicherheitsrat in Moskau in der Schweiz ist nach Meldung schweizerischer Blätter nunmehr beigelegt. Die Arbeitszeit ist einschließlich zweier Erholungspausen von je 1/2 Stunde auf 10 Stunden festgelegt worden. Der Ausstand hat seit dem 19. Juni gedauert. Die Arbeit ist am Dienstag wieder aufgenommen worden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Oktober.

Metallarbeiter Schlesiens!

Wie schon aus dem Inseratteil ersichtlich ergeht der Ruf an Euch: „Geht nicht nach Berlin“. In der elektrotechnischen Industrie tobt der Kampf in ungeschwächter Kraft weiter. 40.000 Mann sind von den Rühnemännern auf das Straßenpflaster geworfen. Am Sonnabend, den 14. Oktober, sollen weitere 25—30.000 folgen. Es sind nun Agenten in Tätigkeit, auch in bürgerlichen Blättern werden Arbeitswillige nach Berlin gesucht. Insbesondere hofft man aus Schlesien Ersatzkräfte zu bekommen. Das soll, das darf nicht geschehen.

Wir richten deswegen an alle Metallarbeiter, ob Schlosser, Dreher, Schmiebe, Mechaniker, Klempner, Hilfsarbeiter usw. die dringende Mahnung, nicht nach Berlin zu gehen.

Metallarbeiter Schlesiens! Gebt den Rühnemännern in Berlin und an allen anderen Orten auf ihre neueste Provokation die einzig mögliche Antwort: Hinein in die Organisation, hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Die Bezirksleitung:

Friedrich Schlegel, Breslau, Körnerstraße 26.

Ein Künstler-Stückchen eigener Art

bilbete den Gegenstand einer Gerichtsverhandlung, die vor dem Breslauer Oberlandesgericht als Revisionsinstanz sich abspielte. In der „Schles. Ztg.“ finden wir darüber folgenden Bericht:

Die Barbier von Königsbrunn und Umgegend hielten im März d. J. eine von dem Barbiermeister Lungwitz geleitete Versammlung ab, in der sie über eine Erhöhung der Preise und über den Schutz des Barbiergewerbes gegen dessen unbefugte Ausübung durch Pfuscher, d. h. Unzulässige, berieten. Zuletzt wurde beschlossen, die Ergebnisse der Beratung durch ein Inserat zu veröffentlichen, mit dessen enthaltlicher Formulierung der Versammlungsleiter beauftragt wurde. Als dann Obermeister Lungwitz mit dem von ihm verfaßten Entwurf des Inserats in der Redaktion des „Königsbrunner Tageblattes“ vortrat, erklärten die Redaktionsmitglieder Wortlaut und Inhalt etwas abänderlich, aber das Inserat wurde in die Ausgabe vom 19. März aufgenommen. Es kündigte zunächst verschiedene Preiserhöhungen an, u. a. auch folgende:

„Vom 1. April 1905 bis zum 1. April 1910 kostet bei uns das Rasieren von Personen, die länger als eine Woche nicht rasiert sind, 20 Pfennige.“

Am Schluß aber hieß es, daß alle Personen, die ohne polizeiliche Anmeldung das Barbiergewerbe ausüben oder auch dadurch pfuschen, daß sie einer den anderen rasieren oder ihm die Haare schneiden, sei es auch gratis und selbst in der eigenen Familie, strafrechtlich verfolgt werden würden.“

Dieses mit dem Namen der Barbierinnung von Königsbrunn und Umgegend unterzeichnete Inserat erregte natürlich Aufsehen; die Barbier bekamen eine Menge Anfragen, und in den Zeitungen wurde mit „Eingefandten“ über die Angelegenheit geschrieben. Eine weitere Folge war, daß Obermeister Lungwitz und der verantwortliche Redakteur des „Königsbrunner Tageblattes“ Winkler wegen großen Unfugs unter Anklage gestellt wurden. Das Schöffengericht verurteilte Lungwitz zu 30 Mark Geldstrafe, Winkler wurde freigesprochen. Auf die Berufung des Angeklagten Lungwitz und der Staatsanwaltschaft ermäßigte das Landgericht Beuthen die über Lungwitz verhängte Geldstrafe auf drei Mark, sprach aber auch den Redakteur Winkler des großen Unfugs schuldig und verurteilte ihn ebenfalls zu drei Mark Geldstrafe. In dem Inserat — so wurde in den Urteilsgründen ausgeführt — werden die an sich zulässige Leistung von Barbierdiensten durch Familienmitglieder mit Strafe bedroht. Das genüge um das Publikum zu beunruhigen und zu belästigen. Wenn auch der gebildete Teil des Publikums den Widerspruch sofort erkenne und nicht beunruhigt werde, so dürfe man das doch dem gewöhnlichen Publikum nicht zutrauen. Das Publikum sei auch in der Tat beunruhigt worden, wie eine Reihe von „Eingefandten“ in den Zeitungen und die Anfragen an die Barbier beweisen hätten. Der Angeklagte Lungwitz habe bei Abfassung des Inserats nicht die erforderliche Sorgfalt beobachtet, denn als Fachmann habe er gewußt, daß es nicht strafbar sei, unentgeltlich oder in der Familie zu barbieren. Bei der Strafmaßung sei ihm jedoch zugute gehalten worden, daß er berechtigte Standesinteressen habe wahren wollen. Was den Angeklagten Winkler anlangt, so habe dieser selbst zugegeben, daß ihm der Inhalt des Inserats aufgefallen sei, und doch habe er zu Lungwitz nichts darüber gesagt. Allerdings habe er glauben können, darin eine Art autoritativer Jnnungsunterstützung zu sehen. — Der Angeklagte Winkler legte Revision ein und erklärte in der Revisionsbegründung unter anderem, die Anzeige habe keine Belästigung sondern eine Beleustigung des Publikums bewirkt. In der heutigen Revisionsverhandlung vor dem hiesigen Straf senat des Oberlandesgerichtes trat der Vertreter der Staatsanwaltschaft der Revision bei. Aus den tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz selbst gehe nicht hervor, daß durch das Inserat der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung gefährdet worden sei. Nur der ungebildete Teil des Publikums sei beunruhigt worden, und das genüge nicht zur Feststellung des großen Unfugs. Der Staatsanwalt beantragte deshalb die Aufhebung der gesamten Vorentscheidung und die Freisprechung beider Angeklagten, da nach § 397 der Strafprozeßordnung die Aufhebung eines Urteils wegen Gesetzesverletzung zugleich zugunsten sämtlicher in der Sache Angeklagten erfolgen müsse. — Der Senat erkannte nach längerer Beratung auf Aufhebung der Vorentscheidung, weil der Vorbericht den Begriff der Beunruhigung des Publikums verkannt habe, und auf Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz, weil sich vielleicht eine Ergänzung der tatsächlichen Feststellungen beiordnen lasse. Die Vorinstanz werde dabei auch erwägen müssen, ob eine vollkommene Scheidung des Publikums in Gebildete und Ungebildete überhaupt möglich sei.

Der Bericht zeigt vor allem, zu welchem hirnerdrarrnten Zeug die Zunftbrüder mit ihrer Sucht nach Abschließung

gegenüber den „Pfuschern“ kommen. Man will den Arbeiter bestrafen, der aus Sparsamkeitsrücksichten seinen Jungen selbst das Haar beschneidet! Zwar gibt es selbstverständlich keine gesetzliche Handhabe, aber daß man solchen Beschluß überhaupt fassen, ist charakteristisch. Im übrigen wärmen wir jeden seinen Bart länger als 1 Woche stehen zu lassen, er muß sonst doppelte Tage zahlen.

Da schreien die Scharfmacher nicht! In Bernburg mußte sich die Kaufmännische Ortskrankenkasse auflösen, weil ihre Gründung mit dem Wortlaut des Krankenversicherungsgesetzes in Widerspruch steht. Nach dem Gesetz gehen sämtliche Mitglieder nebst allen Witwen und Passiven auf die in Bernburg bestehende Allgemeine Ortskrankenkasse über. Der vorhandene Reservefonds der Kaufmännischen Kasse wird ebenfalls Eigentum der Allgemeinen Kasse, da letztere selbstverständlich alle Verpflichtungen innezuhalten hat, die den bisherigen Mitgliedern der Kaufmännischen Kasse bei eventueller Erkrankung u. s. w. gegenüber zu erfüllen sind. Kassentendant der Kaufmännischen Kasse ist Herr Oberstadtssekretär Weber. Dieser hat vor einiger Zeit mit der Kasse einen Vertrag abgeschlossen, laut welchem er nur bei grober Pflichtverletzung seines Amtes entlassen werden kann. Und was folgern nun die Kaufmännische Ortskrankenkasse und ihr Mandat aus jenem Vertrag? Herr Weber habe auch nach Auflösung der Kasse Anspruch auf sein Gehalt! Und so hat denn die Generalversammlung den grandiosen Beschluß gefaßt, Herrn Oberstadtssekretär Weber eine einmalige Abfindung von 4500 Mk. zu gewähren. Dabei wolle man bedenken, daß Herr Weber diese Kassengeschäfte nur im Nebenamt verfolge und sein Jahresgehalt als Stadtssekretär 4900 Mark beträgt, das er nach wie vor weiter bezieht. Das ist ein unerschütterlicher, geradezu standesfähiger Mißbrauch mit Kassengeldern. Freilich, Herr Mughan, der Krankenkassenschreiber und Feind der Selbstverwaltung, wird diese n Fall kaum seiner Liste einverleiben. Denn es handelt sich nicht um einen sozialdemokratischen Kassenvorstand, sondern um stamme Ordnungsmenschen und einem Stadtssekretär! Auch die „Schles. Ztg.“ schweigt! Selbstverständlich!

Ein Opfer seiner Militärübungsobacht ist der Banarbeiter August Neumann aus Klittenborn geworden. Er hatte sich, als er zur Landwehrübung eingezogen wurde, krank gemeldet, der Oberstabsarzt aber hielt ihn für gesund, so daß er die Übung tatsächlich beginnen mußte. Aber bereits am 2. Tage derselben brach er auf dem Kasernenhofe der 2. in Klittenborn zusammen. Der Herr Hauptmann der Landwehrkompanie, Preister, soll beim Anblick des Kranken die Bemerkung gemacht haben: „Das sind die Folgen der Alkoholgenuß!“ Eine Stunde später war der Mann tot! — Es ist also die Frage gerechtfertigt, ob wirklich der kranke Zustand des Lebensunfähigen von den Ärzten nicht entdeckt werden konnte und ob man nicht lieber auf die Übung verzichten sollte, als ein Menschenleben zu opfern?!

Baummeister Unfug sendet uns folgende angeblich infolge einer Reize verfaßte Verächtigung:

Es ist mir wichtig, daß ich an dem Grundstück Marktstraße Nr. 96/98 40.000 Mk. verdient habe. Ebenso wichtig ist die weitere Behauptung, ich hätte 42.000 Mk. nicht an diesem, sondern an einem anderen Grundstück verdient. Ich habe an keinem Grundstück 42.000 Mk. verdient. Den vorliegenden Irrtum wollen Sie vielmehr dahin berichtigen, daß ich infolge der räumlichen in Kraft getretenen neuen Grundbesitzordnung und der dadurch für die Zwecke der Genossenschaft entstandenen Entwertung des Kleinbürger Grundstücks 42.800 Mk. nachgelassen habe, um die Genossenschaft vor Schaden zu bewahren. Ich habe mich insolge dessen mit einem sehr wäßigen Verdienst begnügt, der kaum mehr als die jährliche Verzinsung beträgt.

Zu der jetzt wieder aufgetauchten Frage sind wir genötigt, folgende Bemerkung zu machen: Baummeister Unfug hat tatsächlich das Kleinbürger Terrain mit 42.000 Mk. Profit an die „Wahlslavia“ verkauft. Erst nachdem dieser „Vorteil“ den in der Genossenschaft tätigen Personen bekannt geworden und lebhaft auf die Ermäßigung des Verkaufspreises gedrungen worden war, brauchte er sich dazu, 42.800 Mark nachzulassen. Wenn er also nicht diese Summe verdient hat, kann er es nicht seine Schuld. Der Wille des Herrn Unfug aber, was er davon, der Genossenschaft, die er selbst mit begründet hatte, 42.000 Mk. für ein Grundstück mehr abzugeben, als er selbst bezahlt hatte. Und diese Tatsache genügt uns.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Former! Bei der Firma Gubisch in Liegnitz haben die Former wegen fortgesetzter Abzüge und Maßregelungen die Arbeit niedergelegt. Zugug ist streng fernzuhalten.

Neueste Nachrichten.

Von der Burenverschwörung in Südwestafrika

in der „Kölnischen Zeitung“ zufolge, in Berlin an amtlicher Stelle nichts bekannt. Man betrachte die Sache hier als eine abenteuerliche Geschichte.

Rußland.

Die Lage in Saku ist noch immer nicht normal. Die Einwohner fahren fort, sich von Patrouillen begleiten zu lassen. Viele Häden sind geschlossen, Plünderungen und Morde kommen täglich vor. Niemand glaubt an eine Verständigung des Friedens zwischen Dazaren und Armeniern. Die Dazaren wettern sich, die Verantwortung im Vohrgebiet zu übernehmen und die Opfer zu entschuldigen, wenn ein Schuldiger ermittelt würde.

Briefkasten.

E. in E. 1. Ja. 2. Die Erhaltung der Weltlage erfolgte nur, so lange eine Meutenbewilligung nicht erfolgt war. Da das hier der Fall ist, habe ich keinen Anbruch darauf.

2. Freiburg und andere. Hinweh auf Festlichkeiten der Gelang- u. Vereine können wir leider nicht bringen — der Konsequenz wegen. Wenn wir Ihnen den Wunsch erfüllten, könnten wir ihn den anderen nicht abschlagen. Und diese „anderen“ sind

Metallarbeiter Schlesiens!

geht nicht nach Berlin

dort sind 40000 Mann ausgesperrt! Jedes Arbeitsangebot aus bürgerlichen Blättern oder von Agenten ist unter allen Umständen zurückzuweisen und Unterzeichnetem sofort bekannt zu geben. Die Bezirksleitung des Metallarbeiter-Verbandes Friedrich Schlegel, Körnerstraße 26.

1897 geblieben, jedoch der Natur nicht anvertraut wurde. Ueberraschend ist die weit bessere Heile in Arbeitstreffen so großer Beliebtheit, die diese Artweise nicht einmal mehr andächtig sein dürfte.

C. Ohlax. Bericht in gekürzter Nummer beifolgt. **Besten Dank.**

R. J. Wettschke. Sie tun recht, wenn Sie die übrigen „Volkswacht“-Arbeitsblätter zur Kognition benutzen.

Befichtigungen der Adhäsions-Wahl-Kommissionen

Breslau, 4. Oktober.

Von 100 Kilogramm

	gute	niedr.	mittlere	niedr.	geringere Sort.
Weizen, weißer	18.90	16.10	16.00	15.20	15.10
Weizen, gelber	16.80	16.00	15.90	15.10	15.00
Roggen	15.10	14.50	14.40	14.00	13.90
Gerste	15.00	14.50	14.40	13.90	13.80
Hafer, alter	14.40	14.00	13.90	13.20	13.10
Hafer, neuer	13.50	13.00	12.90	12.50	12.40
Silber-Weizen	18.00	17.00	16.00	15.00	14.00
Erbsen	17.50	17.00	15.80	14.80	14.00

Neu von 50 Kilogramm 2.20-2.60 Mk.
Stroh, altes, pro Schock 26.00-28.00 Mk.
Stroh, neues, pro Schock 22.00-24.00 Mk.
Winterweizen 22.10-20.10-24.00 Mk.

Prostanzer Weizenmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sach brutto Weizen mehl 1.00 feiner, 22.50-23.50 Mk. Roggen mehl 1.00 feiner, 20.50-21.50 Mk. Roggen-Dauersbäckendmehl, 19.50-20.50 Mk. Roggen-Mittelmehl ruhig, 10.35 bis 10.75 Mk. Weizenkleie rubia, 9.50-10.00 Mk.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Freie Turnerschaft Breslau.

Turnstunden: 1. Abt.: Neben Dienstadt und Freitag, Abends von 8-10 Uhr, in der Adhäsions-Schulturnhalle, Waterloostraße. 2. Abt.: Neben Montag und Donnerstag, Abends von 8-10 Uhr in der Adhäsions-Schulturnhalle, Polenerstraße. - 3. Abteilung (Turnstunden): Neben Montag und Donnerstag, Abends von 8 1/2-10 Uhr, in der Adhäsions-Schulturnhalle, Waterloostraße.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 5. Oktober: **Wasser-Verband.** Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer 2. **Lehrer-Verband.** Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Vortrag: Genosse Schlag. Zimmer 3 und 4.

Sonnabend, den 7. Oktober: **Altenauer.** Mitglieder-Versammlung bei Helmut, Kleine Großen-gasse. Vortrag.

Sonntag, den 8. Oktober: **Steiniger.** Mitglieder-Versammlung. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Vergewaltigung. Vormittags 9 Uhr: Versammlung. Zimmer Nr. 1.

Bauarbeiter-Verband. Vormittags 11 Uhr: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Lu. & W. „Sieberhorst“. Nachmittags 4 Uhr: Stiftungsfest. **Maschinen- und Heber-Verband.** Nachmittags 2 Uhr: Mitgliederversammlung. Zimmer 2.

Mitteilungen der Bezirks- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräßlicher Vorstadt). **Bezirk 1, 3 und 4.** Donnerstag, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft betreffs Mitglieder-Agitation. **Bezirk 5 und 7.** Donnerstag, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft betreffs Agitation.

Bezirk 6 und 7. Sonntag, den 8. Oktober, früh 8 Uhr: Mitglieder-Agitation. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich im Bezirkslokal einzufinden.

Distrikt II (Kilohof-Vorstadt). **Bezirk 13.** Sonntag, den 8. Oktober, von Nachmittags 5 Uhr ab: Familien-Abend im Bezirkslokal.

Sonntag, den 8. Oktober: Agitation. Ausgabe des Materials Vormittags 8 Uhr im Bezirkslokal.

Distrikt III (Ober-Vorstadt). **Sonntag, den 8. Oktober, früh 8 1/2 Uhr:** Mitglieder-Agitation. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich im Bezirkslokal einzufinden. **Vormittags 11 Uhr:** Abrechnung der Beitragsmarken, Finanzen und Kassalen-Programme. Karten und Karten sind zur Kontrolle mitzubringen.

Bezirk 34 und 43. Sonnabend, den 7. Oktober, Abends 8 Uhr: Jahlabend und Zusammenkunft im Bezirkslokal.

Distrikt VI (Ohlauer Tor). **Donnerstag, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr, in Langemanns Lokal, Bormerkstraße 61:** Zusammenkunft und Abrechnung.

Distrikt VIII (umfassend die Bezirke 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86 [Steinburg] und 121.) Die Bezirksführer werden hiermit aufgefordert, die Listen am Donnerstag, Abends 8 Uhr im Bezirkslokal in Empfang zu nehmen. Vollständiges Erscheinen Bedingung.

Distrikt X (Hübelwitz-Neukirch-Lisa.) **Bezirk 21.** Donnerstag, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. **Bezirk 27a (Neukirch und dazu gehörige Ortschaften).** Sonntag, den 8. Oktober, Nachmittags 2 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal.

Bezirk 22 und 30. Die Parteigenossen werden ersucht, bei der am Sonntag, den 8. Oktober stattfindenden Agitation zur Werbung neuer Mitglieder recht zahlreich bei Metzlig, Berliner Chauffee, früh 8 Uhr zu erscheinen.

Bezirk 22-24, 21-26. Die Genossen werden ersucht, sich Sonntag, den 8. Oktober, früh 8 Uhr, in ihrem Bezirkslokal zur „Vollmacht“-Agitation und Mitgliederwerbung einzufinden. Die Bezirksführer holen sich das Material im Bezirkslokal Sonnabend Abends 8 Uhr.

Distrikt XI (Oberste). Die Mitglieder treffen sich zur Agitation Sonntag, den 8. Oktober, Vormittags 9 1/2 Uhr im Bezirkslokal. Die Bezirksführer werden ersucht, pünktlich Empfangnahme des Materials eine halbe Stunde früher zu erscheinen.

Bezirk 120, Dorf Gräßchen. Sonntag, den 8. Oktober, Vormittags 10 Uhr: Jahlabend.

Bezirk Rosenthal. Sonntag, den 8. Oktober, Vorm. 9 1/2 Uhr: Jahlabend bei E. Neuwahl eines Bezirksführers.

Freiburg. Gewerkschaftskl. II. Die nächste Sitzung findet nicht Freitag, den 6. Oktober, sondern den 13. statt. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Striegau. Wahlverein. Sonntag, den 8. Oktober: Versammlung in der Biergasse. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 8. Quart. 2. Bericht des Kreis-Vorstandsmannes und Neuwahl desselben. 3. Vortrag des Genossen Feldmann über die Beschlüsse des Jenaer Parteitages unter besonderer Berücksichtigung der Organisationsfrage. 4. Diskussion und Beschließen. Zahlreiches Erscheinen, auch der Genossen, welche auf Karten saßen, erwartet. Der Vorstand.

Goldberg und Umgegend. Arbeiter-Verein. Sonnabend, den 7. Oktober, Abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Neuen Hause“: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Beschlüsse des Jenaer Parteitages. 2. Diskussion. 3. Beschließen. Der Vorstand.

Posen. Versammlungslokal: Sommer. Gedw. Nr. 16. **Metallarbeiter.** Sonnabend, den 7. Oktober, Abends 8 Uhr: Versammlung.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten“ und die Inserate: **Carl König;** - für die Rubrik: „Aus Schlesien und Posen“: **Robert Albert;** für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“: **Carl Ebe.** - Redaktion und Expedition: **Neue Brauerei** Straße 6/6. Verlag von **Carl König;** - Druck von **Th. Schatz** G. m. b. H. - sämtlich in Breslau. - Ausgabeort: Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Rasch tritt der Tod den Menschen an!
Am 2. Oktober, in aller Frühe, entriß uns der Tod infolge eines Unglücksfalles unseren lieben Mitarbeiter

Carl Hubrich

im besten Mannesalter.

Gewidmet von seinen Mitarbeitern
bei den Rätgerwerken, Aktiengesellschaft,
Schwellentränke.

Beerdigung: Freitag, den 6. d. Mts., nachm. 3 Uhr.
Trauerhaus: Tschepinerstrasse 17. 2678

Stadt-Theater.

Donnerstag:
„Der Barbier von Sevilla.“
„Die schöne Galathee.“

Freitag:
Gastspiel
Eva von der Osten:
Das Mädchen des Eremiten.
Sonnabend:
„Lohengrin.“

Lobe-Theater.

Donnerstag:
„Wann wir alter.“
„Häsel.“

Freitag:
„Frühlingluft.“

Sonnabend:
Rom erhen Mole:
Die Gräber d. 71. Grenzbatt.
Volks-Vorstellungen im
Thalia-Theater.

Liebich's Etablissement

Telephon Nr. 1646.
Neues Programm!
Carl Reisch
Edsard Korzu
Smeralda & Senitz
u. die übrigen Attraktionen.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenser Garten).

Neues Programm!
Des großen Erfolges wegen
prolongiert:

**Ein Abend im
Tingel-Tangel**
mit neuen Einlagen.

Außerdem
**12 neue
Debats 12**
Sonnabends gültig.
Anfang präzise 7 1/2 Uhr.

Damen-Filzhüte

billigst direkt Filz-
hüte in der Fabrik
Neue Granstraße 11. Hof
Freund & Krebs
Filzhüte werd. modernisiert.

Machen Sie doch mal einen Versuch mit **Orgon**. Sie werden finden, daß sich der Versuch reichlich lohnt. Das Einweichen mit Orgon nimmt Ihnen die Arbeit ab, indem die Wäsche in der Orgonlösung von selbst gereinigt wird. Sie haben nur noch notwendig, die Wäsche einmal durchzureiben, nicht zweimal wie bisher; denn Orgon wirkt reinigend und schmutzlösend; außerdem schonen Sie sich selbst und Ihre Wäsche.

Sie haben lange nicht mehr notwendig, so viel auf dem Waschbrett zu reiben wie sonst; das Einweichen nimmt Ihnen die Arbeit tatsächlich ab.

Orgon ist eine neue Erfindung und ein ganz harmloses Mittel, welches die Reinigung auf chemischem Wege besorgt und die Wäsche absolut nicht angreift.

Verfahren Sie nur genau nach der Gebrauchsanweisung und Sie werden überrascht sein von dem Erfolg.

Orgon erhalten Sie in allen durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften. [2667]

Billiger als überall!

Stränke, Vertikow, Spiegel, Divans, Chaiseloungs, Serdinas und Garnaturen, einfache u. elegante Bettstellen mit Matratzen, Küchenmöbel, Stühle, Registoren etc. eventl. auch auf Zeitzahlung. **sehr billig.** [2260]

H. Gerstel,
gerichtlich vereid. Taxat.,
Kur! Oberstraße 22. Kur!

Alt-Eisen
und Metalle lau't a. hoch. Preisen
H. Lewin, Kupferschmiedstr. 22,
Eingang Stockgasse im Laden.

Hirschberg.
Arbeiter-Radfahrerverein
„Früh Auf!“
Sonntag, den 8. Oktober:
Kehrtunfest
mit Kunst- und Reigenfahrten
in der Andreasstraße von Nach-
mittags 3 Uhr: Preislangsamfahrt.
Dazu ladet freundlichst ein
2658 **Der Vorstand.**

Laufmädchen kann sich sofort melden. [2675]
Schuhfabrik, Mathiasstr. 39.

Laufbarische kann sich sofort melden. [2675]
Schuhfabrik, Mathiasstr. 39.

**Kleine
Großengasse 14.**
(nicht an der Schweidnitzerstr.)
zwei Stuben, Küche zu vermieten.
Monatlich 25 Mk.

**Die Poliklinik
für arme
Augenkrankte**
befindet sich wie bisher 2635
Kupferstraße 48.
Eröffnungstage: v. 4-5 Uhr.
Dr. J. Schlesinger.

**Zur Herbst- und Winter-
Saison**
bringe mein reichhaltiges
Lager 2677
in eleganten und dauerhaften
Schuhwaren
in empfehlende Erinnerung.
Carl König. Berlinerstr. 18.

Zahnärztl. Klinik „Volkswohl“
Ring 17 Breslau, Ring 17
Becherseite (Nähe Blücherplatz).
Sprechstunden: 8-12 Uhr Vorm.
2-6 „ Nachm.
2657
Behandlung durch staatl. approbierten Zahnarzt
Mässiges Honorar.
Fernsprecher 9435.

**Keine
Fleischnot!** 2674

Heute früh eingetroffen große Waagonladung
feinster frischer Seefische.
Außerdem empfehlen wir
alle Arten **Flusssische**
in prächtvoller Qualität zu billigen Preisen.
D. D.-F.-G. Nordsee
Schmiedebrücke 19 und Stadtbahnbogen.

Friedrich Lindner,
Neuheiten-Vertrieb 2533
Breslau XIII, Augustastr. 33.
Prämiiert Paris 1905.
Spezialität: Türsicherung
Schutz gegen Diebe.
Preis 1,25 Mk. inkl. Anbringen.
Prämiiert London 1905, Ehrens-Kreuz, Goldene Medaille,
Ehrens-Diplom.
Prämiiert Bied 1905, Goldene Medaille, Ehrens-Diplom.

Freiburg.
Männer-Gesang-Verein „Vorwärts“.
Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus
10. Stiftungsfest
bestehend in
Theater, humoristischen Vorträgen, Gesang und
Tanz.
Gäste, durch Mitglieder eingeladen, haben Zutritt.
2650 **Der Vorstand.**

Pfandleihe Münzstr. 2 C. Freundt. 2600
Anwartschaft briefl.

Die
Breslauer Molkerei (E. G. m. u. H.)
Berlinerstrasse 51/52 Fernsprecher 510
verkauft: Beste, reine, unverfälschte
Vollmilch für 15 Pfg.
Flaschenmilch „ 18 „
Kaffee-Sahne „ 60 „
auch in 1/4, 1/2, 1/1 Liter-Fl. „ 60 „
Süße Sahne „ 60 „
Schlag-Sahne „ 1.20 Mk.
auch in 1/4, 1/2, 1/1 Liter-Fl. pro Liter.
Für Cafés, Konditoreien u. Restaurants bei regel-
mässiger Abnahme entsprechende Vorzugpreise
nach Vereinbarung. 2570
(Milchschokolade mit ca. 200 Rezepten für schmackhafte Milchspeisen
und Getränke sind für 30 Pfg. pro Stück durch die Molkerei zu beziehen.)

**Der politische
Massenstreik**
Vortrag von Ed. Bernstein in Breslau.
Konfisziert gewesen!
Preis 20 Pfg.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Das Arbeiter-Recht
von **Arthur Stadthagen.**
Der Preis für das gebundene Werk ist 7 Mk., daselbe ist
auch in 28 Heften à 20 Pfg. zu beziehen.
Erhältlich durch die Expedition und Kolportage.

12. General-Versammlung des Tabakarbeiter-Verbandes.

Montag-Nachmittagssitzung.

In Vorlesung der Diskussion über den Bericht des Vorstandes und des Ausschusses beschloß sich u. a. Maximal-Dresden mit der Forderung der Neutestsung der Mitgliedsbeiträge. Er findet es unverständlich, wie der Vorstand empfehlen könne, die unterste Stufe für Männer auf 25 Pf. herabzusetzen, da die durch die Verbandskasse geschmälert werden müßte. Die vom Vorstande neu vorgeschlagene gestaffelten Unterstufungsätze entsprächen nicht dem Prinzip der Gleichheit. Auf diesen Standpunkt stellte sich die Reorganisationskommission, die sich mit der Vorlage befassen werde, an stellen haben. Das Verhältnis von Kohlung zu Festung sei jetzt 1:27, nach dem Vorstandsvorlage schwänkte es zwischen 1:18 und 1:38; frhe man ein Verhältnis von 1:25 fest, werde man ein Fiskus von 22,000 Mk. jährlich erzielen, während jetzt ein Minus von 9000 Mk. zu verzeichnen sei. Die Dresdener Anwartschaft sei ein richtiges Schmiergeld gewesen. Aber man müsse anerkennen, daß die Zigarettenarbeiterinnen, sowie die Verhältnisse lagen, der Meinung sein dürften, in die Verwendung einzutreten. Bei wenigen Streiks sei mit so viel Mut und Begeisterung gekämpft worden. Der Friede habe zwar keinen Erfolg gebracht, aber er sei ein ehrenvoller gewesen.

Maximal-Dresden tritt zunächst für eine Erweiterung des Vorstandes ein. Auch er betont, daß erst die Unterstufungsbeiträge es ermöglichen, den Kampfscharakter voll zum Ausdruck zu bringen; aber die Grundprinzipien des Verbandes müssen immer im Vordergrund bleiben. Die Krankenunterstützung müsse beibehalten werden und die viel wichtigere Arbeitslosenunterstützung ausgebaut werden. Die Sektionsbildung vermerke er, daß eine Durchdringung des Verbandes der Notwendigkeit. Man müsse nicht, ob er über Dresden hinaus einen Streik oder einer Ausprägung sprechen sollte; in Dresden wenigstens müsse jede Zigarettenarbeiterin, daß vom Verbande versucht worden ist, mit allen Mitteln die Ausprägung zu verhindern. Es sei Tatsache, daß seitens der in Frage kommenden Fabrikanten die Forderung gänzlich genehmigt wurden, aber dann habe sich der Zigarettenstreik dahintergesteckt, und weil er die Sache nur als Vorwand benutzte, so wäre die Ausprägung auf jeden Fall gescheitert. Uebrigens habe für den Verband der Ausgang der Affäre nicht so großen Schaden gehabt, da nur ein kleiner Bruchteil der Streikenden dem Verbande den Rücken gekehrt habe.

Gehele-Nordhagen: Die Kantabakarbeiter seien auch der Meinung, daß der Kampfsfonds gestärkt werden müsse. Die Unterstufungsbeiträge bewiesen, daß weit mehr, als man erwartet hatte, erzwungen werden kann, mit ihnen sei ein besserer Geist in die Agitation gekommen. Die Frage der Sektionsbildung beruhe auch die Kantabakarbeiter. Hier sei die Maschine ein zu beachtender Faktor. In einigen Fabriken habe man die Maschine einseitig, nur um den Arbeiter damit ein Paroli zu bieten. Aber tatsächlich scheine die Entwicklung der Maschine nicht den Erwartungen der Kantabakarbeiter zu entsprechen, und so sei das Kapital in dieser Beziehung sehr vorsichtig geworden. Minimalblühne würden für die Kantabakarbeiter von größtem Vorteil sein.

Nachdem die Mandats-Prüfungskommission durch ihren Bericht sämtliche 70 Mandate für in Ordnung erklärt hatte, wendet sich Maximal-Dresden gegen die jetzige Form der Krankenunterstützung, die so viel Geld verschlungen habe, daß für den Kampf nichts übrig geblieben sei.

Auch Gehele-Nordhagen ist der Meinung, daß die Krankenunterstützung abgeändert werden müsse. Die Forderung sei auf 1:24 herabzusetzen. Den Arbeitern müsse der Verband nicht wieder aus den Händen geben. In der Sortiererkasse liege die Schuld bei den Sortierern, beim an der Abrechnung der leitenden Personen an eine Verschwendung. Der Redner versteht Elm nicht, daß er gegen Minimalblühne sei, da doch in Hamburg gerade die Einführung des Minimallohnes der Ursprung der Lohnkämpfe in den letzten Jahren gewesen sei.

Gehele-Nordhagen ist der Ansicht, daß es bei Verteilung der Unterstufungsbeiträge darauf ankomme, ob diese als Selbsthilfe betrachtet werden oder als Mittel, um den Kampfscharakter einer Gewerkschaft zu stärken. In letzterem Falle seien sie sehr zu begrüßen. In Bezug auf die Vorstandsvorlage empfehle er, den Vorstand nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zu verbessern. Man solle keine Anstalten veranstalten, sondern Ausschreibungen vornehmen, um die tüchtigsten Kräfte zu erhalten. Diese müßten aber gemäß den Beschlüssen des Stuttgarter Kongresses besoldet werden, wenn sie nicht dem Verbande verloren gehen sollen. Was gegen eine Sektionsbildung gesagt werden könne, verstehe er nicht bei den Zigarettenarbeitern, Solararbeitern, habe sie sich sehr gut bewährt. Sonderbündel sei dabei durchaus nicht zu befürchten. Elm habe Unrecht daran getan, hier zu erklären, die Gründung des „Dramatiker“ habe den Sortierern nur genützt, denn durch solche Erklärungen werde in die

Entworfensbestrebungen nur ein trennendes Moment hineintragen. So sehr die ablehnende Haltung der Sortierer den Tabakarbeitern das Recht gebe, selbst nur größte Anstrengungen zu leisten, so empfiehe er doch, noch einmal die Hand zur Einigung anzubieten. Er bitte eine von ihm eingebrachte Resolution annehmen, die den Vorstand beauftragt, noch einmal eine mündliche Auseinandersetzung mit den Vertretern des Sortiererverbands anzubieten. Die Sortierer müßten nun endlich klipp und klar lazen, was sie hindere an den Tabakarbeitern überzutreten. Daß ein Sortierer bei den Tabakarbeitern sehr gut bestehen könne, dafür sei Elm selbst ein lebendes Beispiel. Wegen Dresden brauchten die Tabakarbeiter keine blutigen Tränen zu weinen. Dort sei nichts passiert, was nicht in jedem Verbands schon einmal vorgekommen sei. Nicht klagen solle man, sondern vorwärts, daß für die Zukunft der Verband solchen Vorkommnissen gegenüber geschäftig dastehen. Wenn man den Arbeitern aus einem Kampfmittel machen wolle, so dürfe man nicht übersehen, daß die Unterstufungsbeiträge das gleiche tun können. Allerdings lägen bei den Tabakarbeitern die Verhältnisse infolge etwas günstiger, als man der Kleinrentner und Arbeitermeister sicher sei.

Nachdem Maximal-Dresden sich dahin ausgesprochen hatte, daß die Unterstufungsbeiträge sich nicht auf der Höhe gehalten hätten, die man eigentlich erwarten dürfe, sucht der Vorsitzende Bestimmung die gegen seine Ansicht ausgesprochenen Bemerkungen zu widerlegen. Wenn man Mitglieder nur um der Unterstufungsbeiträge willen bekomme, so schade das nichts, die Arbeiterkraft auf dem platten Lande sei oft gar nicht anders zu gewinnen. Habe man sie erst, dann sei es leichter, sie mit den arbeitswirtschaftlichen Zielen vertraut zu machen. Die Dresdener Ausprägung zu hinterziehen, sei unmöglich gewesen, da der Text auf die Fabrikanten einen unüberwindlichen Druck ausübte habe. Uebrigens hätte die ganze Affäre vermieden werden können, wenn der Verband, entgegen seinen Prinzipien, die ungelerten Arbeiter hätte im Schilde lassen sollen. Die Schuld an der immer noch ungelerten Sortiererkasse trage diese; der Tabakarbeiterverband habe stets loyal gehandelt und sich an die Beschlüsse von Exert und Felix gehalten. Das gespannte Verhältnis bestehe seit jeher und liege in den eigenartigen Arbeitsverhältnissen zwischen eigentlichen Tabakarbeitern und Sortierern begründet. Die Einführung einer Sektion werde nicht zum Ziele führen; er trage Elm, ob bei Einführung einer Sektion die Sortierer einer Verschmelzung geneigt sein würden. Die Aufstellung spezieller Minimalforderungen für die einzelnen Branchen werde mindestens ein vorzügliches Agitationsmittel sein. Wichtig sei die Erhöhung der Streikunterstützung, ebenso der Arbeitslosenunterstützung, die ebenso hoch werden müsse, wie die Gewerkschaftenunterstützung. Die Unterstufungsbeiträge des Vorstandes sei eine gerechte, da sie der Beitragleistung anorbnst sei.

Maximal-Dresden weist auf die Erfolge hin, die man in Berlin mit dem Verbandesarbeitern erzielt habe. Bei der Krankenunterstützung müsse eine Veränderung eintreten. Mit Sektionen lasse sich eine bessere Agitation entfalten.

Widemann-Stuttgarter kann konstataren, daß der Verband mit seiner Reorganisation weiter wäre, wenn die Kämpfe der letzten Zeit nicht zuviel Kraft in Anspruch genommen hätten. Er mündere sich, daß der Gedanke an Sektionsbildung im Verbands aufzutaucht sei, da dieser gar nicht so stark sei, um Sektionen nötig zu machen. Für Dresden hätte mehr getan werden können; er verweise zum Beispiels auf die Gruppierung. Auch daß man die weiblichen Mitglieder der männlichen in Bezug auf die Ausbildung gleichstellen wolle, verstehe er nicht; man habe den Kolleginnen doch die niedrigen Beiträge vor allem zugestanden, um sie überhaupt zu gewinnen. Daß dieser Gedanke ein richtiger war, habe der Erfolg gezeigt. Und wenn die Zahl der Arbeiterinnen im Verbands immer größer werde, dann habe man noch mehr Mühe, alles zu tun, um die Kolleginnen in den Verband zu bekommen. Darauf wird die Sitzung auf Dienstag Vormittag vertagt.

Der 10. Internationale Kongreß gegen den Alkoholismus.

Der soeben beendigte 10. Internationale Kongreß gegen den Alkoholismus war, nach Ansicht der Beteiligten, ein wirklicher Erfolg. Obgleich die Stadt Budapest bereits an den Pforten des Orients und weit entfernt von jenen Ländern liegt, wo der Kampf gegen den Alkohol am intensivsten geführt wird, so hat doch die Zahl der Kongreßteilnehmer tausend überschritten.

Der Kongreß wurde am 12. September durch den ungarischen Unterrichtsminister eröffnet, der sich lebhaft mit dem Antialkoholunterricht in den Schulen des Königreichs beschäftigt hat und hörte den Festvortrag des Professors Gruber in München über die Hygiene des Sch an. Am Nachmittage sprach Prof. Wegand (Würzburg) über den Einfluß des Alkohols auf die

Gesellschaft. Der Bakteriologe Zeitner (Halle) gab interessante Details über die Experimente, die er in seinem Laboratorium anstellt und die beweisen, daß der Alkohol die Widerstandskraft gegen Infektionskrankheiten herabmindert und einen mächtigen Faktor der Entartung der Rasse bildet.

Prof. Kaffowitz (Wien) behandelte am Mittwoch den Nährwert des Alkohols, einen Gegenstand, den er seit langen Jahren eingehend untersucht; er betonte energisch die vom wissenschaftlichen Standpunkte aus falsche und vom sozialen Standpunkte aus bedenkliche und verderbliche Theorie vom Nahrungsmittel Alkohol. Prof. Dr. Karel sprach sodann mit der belgischen Kolonialkommission über Alkohol und Antialkoholismus. Der Direktor der Irrenanstalt Burghölzli (Zürich), Prof. Meuser, bot eine originale Arbeit über die Behandlung der Alkoholverbrechen. Die Behandlung der Alkoholverbrecher soll eine vollständig andere als die der gewöhnlichen Verurteilten sein.

Der Donnerstag war ganz der Frage der Bekämpfung des Alkohols durch die Schule gewidmet. Dieser von Sachkennern wie Franziskus Kühnel (Bremen) oder Frau Trogg-Helenius aus Finnland behandelte Gegenstand erweckte die ganz besondere Aufmerksamkeit seitens der Schulkreise von Budapest. Von Tag zu Tag und überall wächst die Erkenntnis darüber, daß es eine Aufgabe der öffentlichen Schule ist, das Kind über die Gefahren des Alkoholismus aufzuklären.

Die Vormittagssitzung vom Freitag galt dem Studium der industriellen Alkoholverwendung; denn, wenn auch die Wissenschaft nichts vom Alkoholkonsum wissen wollte, so werden sie doch sehr froh sein, wenn es gelingt, mit ihrem alten Feinde Bekämpfung- und Heilmitteln zu schaffen.

Der belgische sozialistische Abgeordnete Vandervelde, der im letzten Momente verhindert worden war, nach Budapest zu kommen, ließ einen Inbegriff auf Inhalt und Form sehr bemerkenswerten Vortrag über Arbeiter und Alkohol lesen. Seine Schlussfolgerungen haben zu einer sehr lebhaften und feierlichen Diskussion geführt, an der zahlreiche Sozialisten teilnahmen.

Die Reform des Schankwesens, der Kampf gegen das Wirtschaftswesen hinführen den Gegenstand der Sonnabendvormittagssitzung. Gegner und Anhänger des Weihenburger Systems haben die Dinge geklärt. Es scheint sich daraus zu ergeben, daß das bekannte schwedische System, nach dem die Wirtschaften von mehr oder weniger philantropischen Gesellschaften ausgebeutet werden, weder das Monstrum ist, wie es seine Feinde hinstellen, noch auch das Unüberwindliche, als das es von diesen Anhängern gepriesen wird. Alle Redner, ohne Ausnahme, betonten jedoch die hohe Bedeutung der gut geleiteten alkoholfreien Wirtschaften, wie sie zum Beispiel einige Schweizerkäfte und ganz besonders Zürich besitzen.

Der Kongreß von Budapest hat der Bewegung gegen den Alkohol in Ungarn und in den Balkanstaaten einen neuen Impuls gegeben. In mehr als einer Beziehung hat er mehr Klarheit geschaffen und praktische Vorschläge gegeben. Der nächste Kongreß wird 1907 in Stockholm stattfinden.

Partei-Angelegenheiten.

Für Massenstreik sagt auf dem Parteitag schreibt Genosse Hähnlich in einem letzten Artikel in der „Dortm. Arbeiterzeitung“ vor seinem Hebertritt in die „Peip. Volkswacht“:

Die Resolution Bebel über den politischen Massenstreik in Deutschland ein socher Massenstreik nur möglich sein wird in einer revolutionären Situation, daß er deshalb auch auf der Stelle über sich hinausdrücken zur Revolution selbst werden wird. Das ausdrücklich in der Resolution zu betonen und damit den Arbeitern ein für alle Male die einschläfernde Maske des für deutsche Verhältnisse wenigstens völlig utopischen friedlichen Massenstreiks zu nehmen, wäre sehr nützlich gewesen. Auch gefüllt es uns nicht, daß die Resolution den Massenstreik allzu euphorisch mit dem einen festgestellten Fall des Wahlrechtsraubes verbindet, uns also gewissermaßen festlegt.

Hähnlich scheint der einzige zu sein, der seine vor dem Parteitag vertretene abweichende Meinung über den Zweck und die Form des Generalstreiks auch nach dem Parteitag betont.

Zum Jenaer Parteitag äußern sich jetzt auch die beiden englischen Parteibilder „Justice“ und „Labour Leader“. Im ersten schließt der Genosse A. S. Lewis eine längere Petrochina mit den Worten: „Der Klassenkampf war die dominierende Note auf diesem Kongreß — einen mehr revolutionären im besten Sinne des Wortes habe ich nie gelesen.“ — Im „Labour Leader“ sagte Genosse H. A. L. über den Beschluß zum politischen Massenstreik: „Ich begrüße diesen Beschluß. Seit langem bin ich der Auffassung gewesen, daß der deutsche Sozialismus zu akademisch ist und zu wenig und torstet ist in seinen Methoden. Es bedürfte eines frischen Impulses,

Not!

Ein armes Dienstmädchen wird im Augenblick beginnender Mutter Schmerzen aus dem Dienst gewiesen. Sie steht, gepöckelt von Seelenleid und Körperqual zu irgend einer „Freundin“, bringt ein Kind zur Welt und erwirgt es. Die „Armbürgerin“ hätte sich ihrer rühlig angenommen, wenn sie mit dem armen Wurm bettelnd vor ihren Türen gestanden hätte. Jetzt wird sie als „unnatürliche Mutter“ ohne weiteres verbannt, den Weib der Arbeitslosigkeit angewiesen, der über Elend, Schande und Verbrechen ins Vorbild oder ins Gefängnis führt. Frauchte sie nicht gerade doppelt krafttätiger Varmbergigkeit, weil ihr Unschick so überwältigend war, daß es das natürliche und beste Weibesein in ihr erstickte, und sie zur Mörderin ihres Kindes macht? — Ein blaßes Weib, einen jammervollen Säugling im Arm, ein kleines Mädchen an der Hand, acht bettelnd von Haus zu Haus. Die alte Geschichte: ein kranker Mann, drei kleine Kinder — eins ist, saot sie, noch dabeiin, — keine Arbeit. Sie findet offene Hände. Da stellt sich's heraus, daß alles erlogen ist, die Kinder nicht einmal ihre eigenen sind. Sittlich entrüstet verschließen die „Armbürgerin“ Herz und Hand. Sollten sie sich nur nicht mit größerer Liebe der armen Kinder annehmen, deren Unschuld und deren Elend in dieser besten aller Welten ein Mittel der Ausbeutung wurde!

Varmbergigkeit ist oft nichts als mit Selbstgefälligkeit gepaarte Sentimentalität. Verlangt die Postlauge des „Nächsten“ Opfer auch nur an Mühe, auch nur an Gebuld — dann verpufft die Flamme der Nächstenliebe wie eine Rakete bei Nacht, die auch nicht wärmen, nicht leuchten, sondern nur ein „Ah!“ der Zuschauer auslösen wollte.

Die Psychologie der Varmbergigkeit müßte einmal geschrieben werden. Dann würde es plötzlich klar zutage treten, inwieweit sie überhaupt zu den Tugenden gerechnet werden kann. „Neue Gef.“

Aus aller Welt.

Die Cholera. Wie der „Staatsanzeiger“ meldet, sind vom 3. bis zum 4. Oktober Mittags keine choleraverdächtigen Erkrankungen oder Todesfälle an Cholera im preussischen Staat neu gemeldet worden. Die Gesamtzahl der Cholerafälle beträgt bis jetzt 261, wovon 89 tödlich endeten.

Strahraub in Berlin. Ein ungewöhnlich dreister Ueberfall wurde auf eine Verkäuferin in dem Hause Jandorfstraße 31 verübt. Dorthin lockte ein bisher nicht ermittelter Verführer das Fräulein Drescher und suchte ihr unter Schlägen eine Tasche mit 2000 Mk. zu entreißen. Er mußte auf die Hilfeleistung seines Opfers von diesem loslassen und ohne das Geld die Flucht ergreifen.

Die Heimkehrung Süd-Praktens. Seit mehreren Tagen regnet es in Stücken, wodurch dem durch das Erdbeben mit enormen Schäden noch mehr Schäden angesetzt wird. Der Bau von Wohnhäusern wird verhindert. Die Einwohner von Capanaro sind ohne Obdach und abgezogen, in den Vorhallen von Säulenhallen unterzukommen, die nicht ganz eingestürzt sind. In Ferdinand ist durch den Regen ein Haus eingestürzt. Drei Leute wurden getötet, zwei schwer verletzt.

Geen die Unfälle des Hauptkommens in den Theatern macht das kleine Theater in Berlin Front. Die Theaterdiener sind angewiesen, nach Aufgeben des Vorhanges vor Brandung des ersten Aufzuges niemand mehr durch die Vorhänge gehen zu lassen: Nur wer zur Zeit im Theater ist, hat Zutritt auf seinen Platz. Darunter tragen auch sämtliche Villetts auf der Rückseite den Vermerk: „Verboten zum Eintritt nur vor Beginn der Vorstellung.“

Das wäre eine Vorschrift, die auch für die Volksvorstellung der Dresdener Arbeiter passte.

In den Klammern un-er-kom-men. Das Anwesen des Defonomen Denaler in Erdorf (Bayern), ist, wie aus R. R. N. berg gemeldet wird, abgebrannt; der fünfjährige Sohn des Besitzers verbrannte; ein anderer Knabe entran dem Klammernode. Die Entstehungsurache ist darauf zurückzuführen, daß die Kinder während der Abwesenheit der Eltern mit Hündchen spielten.

Au Nischvergiftung erkrankt. Dieser Tage folgten dreißig Schwerkranke des jüdischen Krankenhauses einer Einbildung nach dem benachbarten Schwedenbeim zu einem Fischessen. Unmittelbar darauf erkrankten acht von ihnen, darunter drei schwer. Zwei von diesen befinden sich auf dem Wege der Besserung, die dritte aber liegt noch schwer krank darnieder. Reste von Fischen (Karpfen) werden jetzt amtlich untersucht.

Auf der Bühne der Wiener Hofoper ereignete sich Montag Abend bei der Aufführung der Pantomime „Harlekin als Gezieler“ ein schwerer Unfall. Der Wirtler Golewski, der im ersten Akte des Stückes durch ein Fenster zu springen hat, blieb nach dem Sprunge beinungslos und schwerverletzt liegen. Er scheint den Sprung zu kurz genommen zu haben und neben der Matratze aufgetallen zu sein. Golewski wurde sofort in seine Wohnung gebracht und die Pantomime abgebrochen.

Mord und Selbstmordverfuch. Aus Oberhausen (Rheinland) wird gemeldet: Im benachbarten Dümpfen tuerste der Arbeiter G. K. sich drei Revolverkäfte auf seine Frau ab, die, in den Unterleib getroffen, zusammenstürzte. Sodann gab er auf sich selbst zwei

Revolverkäfte ab und verletzte sich schwer. Die Frau starb bald darauf. Das Ehepaar hinterläßt sieben unmündige Kinder. Der Grund der Tat liegt in fortgesetzten ehelichen Zwistigkeiten. Der Mann war ein Trunkenbold, die Frau führte einen liebevollen Lebenswandel.

Ein schweres Grabenauflage. Aus Koblcheid wird gemeldet: In Gieselsroven führte infolge Wasserbruchs ein Schacht ein. Drei Personen wurden getötet, zwei Kricken konnten geborgen werden. Der Schaden der Gesellschaft ist sehr bedeutend.

Zwei Theater wiedergebrannt. Aus Coimbra wird gemeldet: In Figueira da Foz (Portugal) brannten zwei Theater während der Vorstellung nieder. Der Brand entstand durch den Kinematographen. Drei Personen sind verunglückt.

Bei einem Mäuerbau aneegriffen wurde der Briefträger Erd-Bäum, als er in Ausübung seines Berufes auf einem Feldwege dahinschritt. Der Busard, der eine Maus am Wege ergriffen hatte, glaubte wohl, daß man ihm seine Beute streitig machen wollte, und griff seinen vermeintlichen Rivalen so kräftig an, daß dieser sich mit seinem Handhabe wehren mußte. Der Busard mußte seinen Angriff mit dem Leben büßen.

Ueber einen fähnen Mäuerfreich wird aus Seattle (Washington) gemeldet: Der ostwärts fahrende Zug der Great-North-Pacifi wurde von drei Räubern aufgehalten. Sie sprengten den Postwagen mit Dynamit und raubten 50,000 Dollars. Der von dem Vorkauf benachrichtigte Bezirksvorsteher ist mit hundert Bewaffneten zur Verfolgung der Räuber aufgebrochen. Wie gemeldet wird, haben die Verfolger die Räuber gestellt und zum Kampfe gezwungen. Mehrere Mann wurden bereits getötet oder verwundet.

Ein f. u. f. Freudenhaus. Die Wiener Arbeiterzeitung schreibt: Als wir unlängst eine Notiz über die von „Dangers“ Armeezeitung“ projektieren f. u. f. Staatsdorbelle für das Meer brachten, hatten wir keine Ahnung, — und auch wohl die „Armeezeitung“ nicht — daß solche Anstalten nicht mehr in die Sphäre der Projekte gehören, da sie schon in Oesterreich existieren. In Gallizien nämlich sind sie schon längst zur Wirklichkeit geworden. Wir lesen im „Kraauer Napzod“:

In Trembowl sind ein Kavallerieregiment und ein Jägerbataillon garnisoniert. Um den Soldaten das Leben in dem kleinen Städtchen angenehm zu machen, wendete sich der dortige Stationskommandant an das Korpskommando in Lemberg mit dem Ansuchen um die Errichtung eines Bordells für die Garnison. Das Korpskommando leitete dieses Ansuchen an die f. u. f. Statthalterei, die darauf folgendes Telegramm an den Bezirkshauptmann Kruszynski sendete: Der f. u. f. Bezirkshauptmann wird angewiesen, entsprechende Schritte bezüglich der Errichtung eines öffentlichen Freuden-

das Blut in Bewegung zu setzen. Die Gemüter auf dem Kontinent war in der Tat eine wunderbare. Dies hat für die Deutschen einen unangenehmen Plan und es fehlte wahrlich nicht an Kritikern aus der bürgerlichen Klasse, welche eine Spaltung der Partei prophezeit hatten. Das Gegenteil davon ist eingetreten; die deutsche Sozialdemokratie hebt geistiger und gefestigter denn je aus ihrer Feuerprobe heraus.

Unsere Waffe im Klassenkampf — die Presse — entwickelt sich fortgesetzt in erfreulicher Weise. Vom 1. Oktober ab erachtet die „Vergeltung“ die „Vergeltung“ in einem neuen Gewande. Das Blatt der Arbeiterklasse des Kreises Solingen wird jetzt auf einer Brillanz-Notationsmaschine hergestellt und wird täglich mindestens achtseitig erscheinen. Auch inhaltlich ist für eine Verbesserung Sorge getragen durch Gewinnung einer Anzahl schriftstellerisch tätiger Genossen, die Beiträge politischer, wirtschaftlicher und feministischer Natur liefern werden. — Auch die „Frankfurter Tagespost“, die mit dem 1. Oktober ihren 85. Jahrgang beginnt, hat sich ein neues Kleid angeleitet. Durch Anschaffung neuer, in jeder Hinsicht vollkommener Schriftarten ist den Lesern wegen schlechten Drucks und schwerer Lesbarkeit abgeholfen worden.

Arbeiterbewegung.

Im Kampfe in der Berliner Elektrizitätsindustrie

Neben zur Zeit beide Parteien einander ohne offenen Kampf gegenüber. Jeder der Gegner sucht insofern Vorteile zu gewinnen, indem er seine Stellung stärkt. Die Arbeiter werden die Sympathie der Bevölkerung durch Massenversammlungen festhalten. Am Donnerstag werden in allen verkehrten Ästen Berlins und der vom Kampfe betroffenen Vororte Versammlungen stattfinden, in denen nach Vorlegung der Vorgänge an die Bevölkerung angewandt werden soll.

Die Aussperrung beschäftigte auch die bereits erwähnte Versammlung der Straßensbahnangehörigen. In der Debatte ergriff der Vorsitzende des Zentralverbandes der Verkehrs- und Transportarbeiter, Oswald Schumann, das Wort. Er behauptete, daß die Straßensbahner nicht genügend organisiert seien, sonst hätten sie die Straßensbahnangehörigen den ausgebeuteten Arbeitern zu Hilfe kommen müssen. Während die Maßnahmen der Direktion die Folgen des Streiks der Maschinen- und Heizer befestigen, während Ingenieure und Techniker die Streikenden so eslegen, daß die Stromlieferung nicht leidet, hätten die Straßensbahner die Arbeit niederlegen müssen. „Wenn der Strom von oben nicht versagt, muß er von unten versagen.“ In diese mit großem Beifall von der Versammlung aufgenommenen Ausführungen schloß der Redner einen Appell, auf dem Poeten zu sein, wenn im Gang des Kampfes doch noch die Aufforderung zur einmütigen Arbeitsniederlegung an die Angestellten gerichtet werde.

Die Straßenbahn

hat nach bürgerlichen Verträgen den Betrieb auf allen Linien aufgenommen. Auch die Einleitwagen sind wieder eingestellt worden. Die Kraftstationen der Berliner Elektrizitätswerke und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft sind wieder voll befestigt, wovon die Kontrolle der Schaltbretter zur Zeit noch durch Ingenieure der Elektrizitätswerke durchgeführt wird. Der größte Teil der zunächst auf den Kraftstationen ausfindig gemachten Ingenieure ist nach den Werken zurückgekehrt.

Der Kaiser

wird, so melden bürgerliche Blätter, durch einen täglichen ausführlichen Bericht über die Streibewegung in der Elektrizitätsindustrie auf dem Laufenden erhalten. Das 2. Garde-Ulanen-Regiment und die 2. Abteilung des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments in Moabit wurden der Bahn nach Berlin transportiert. Um zu allen Eventualitäten des Meeresstreiks in Berlin gerüstet zu sein, haben die Truppen besonders für beratige Fälle feststehende Informationen erhalten.

Das ist ganz überflüssig, die „Eventualitäten“ werden nicht eintreten.

In Oberschöneweide hat nochmals ein Vorkommnis stattgefunden, um den Brand in den Kabelwerken aufzuklären. Es wurden wiederum zahlreiche Zeugen vernommen, ohne daß hierdurch ein Resultat erzielt wurde. Die Meldung, daß ein Ausländer unter dem dringenden Verdacht, die Brandstiftung verübt zu haben, verhaftet worden sei und nunmehr im Gefängnis den wilden Mann spiele, beschäftigt sich nicht. Bisher hat noch keine Verhaftung stattgefunden.

Der Zentralrat der Gewerksvereine (Kirch-Dunder)

wendet sich mit einem Aufrufe an die Öffentlichkeit, indem er um Sympathie und Unterstützung für die Streikenden ersucht. Ein gleicher Aufruf ist natürlich auch von den freien Gewerkschaften ausgegangen.

Die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske hat angeordnet, daß am Sonnabend, den 7. d. Mts., auf den Bauteilen ihrer Werke am Nonnenmarkt die ganze Arbeit eingestellt werden soll, falls bis dahin in den Fabriken der Elektrizitätsgesellschaften nicht der Betrieb wieder aufgenommen ist.

hausen zu Trembowia zu machen. Mit dem Erlaß Zahl 19750 befaßte der Bezirkshauptmann der Gemeinde Trembowia, die Vernehmung der Statthalterei unterdrücklich durchzuführen. Das Gemeindeamt, welchem damals infolge der Auflösung des Gemeinderates der Regierungskommissar Eshelbal verhandelt, lud Meier Seibelmann und Chaja Kurzmann vor und befaßte ihnen, kurzweg, ein Bordell zu gründen. Da sich aber alle Hauseigentümer von Trembowia weigerten, irgend eine Wohnung für diesen Zweck zu vermieten, lud Kommissar Eshelbal den Hauseigentümer Johann Dziadosch vor und drohte ihm, im Falle der Weigerung sein Haus als baulässig zu erklären. Dziadosch sah sich also genötigt, sein Haus an Meier Seibelmann und Chaja Kurzmann zu vermieten, die in diesem Hause ein Bordell eröffneten.

Sobald ermittelte jemand gegen die Inhaber des Bordells eine Strafanzeige wegen Kuppelei und das Bezirksamt Trembowia verurteilte den Seibelmann und die Kurzmann zu fünf, beziehungsweise vier Monaten Arrest nach dem § 512 St.-G. Die Berufung appellierten an das Kreisgericht Thornow, welches mit dem Urteil vom 12. April 1905, Zahl 3159-410, das erstinstanzliche Urteil aufhob und die beiden Angeklagten freisprach. Die Begründung des Freispruchs lautet im Urteil des Kreisgerichtes wörtlich: „Die Schuld der Chaja Sara Kurzmann und des Meier Seibelmann im Sinne der ihnen zur Last gelegten Übertretung nach § 512 St.-G. wurde durch das eigene Geständnis der Angeklagten sowie durch Zeugeneinvernahme erwiesen. Andererseits aber wurde die Wahrheit der Verantwortung der Angeklagten festgestellt, nämlich durch Vorlegung der Zeugnisaussagen des I. u. I. Stationskommandos in Trembowia, der Zeugnisaussagen des I. u. I. Korpskommandos in Lemberg, des Zeugnisses des Magistrats der Stadt Trembowia, wo fast ein ganzes Kavallerieregiment und ein Jägerbataillon garnisonieren, es über längere Zeit kein Bordell gab, weshalb das dortige Kommando an das Korpskommando in Lemberg eine Zeugnisaussage gerichtet hat, die Gründung eines solchen Hauses zu veranlassen. Infolge obiger Zeugnisaussagen hat der derzeitige Regierungskommissar gemeinsam mit dem Polizeikommissar die Angeklagten vorgeladen, diesen ein dem Strafrecht entsprechendes Haus auszuweisen und ihnen befohlen, die Errichtung eines Bordells zu besorgen. Da also die Angeklagten unter solchen Umständen die ihnen vorgeworfene Handlung begangen haben, nach dem Gerichtshof an, daß sie diese Handlung in einem Verstum vorgenommen haben, der sie die Strafbarkeit nicht erkennen ließ, daß daher solche Umstände vorliegen, die nach § 2 St.-G. die Strafbarkeit ausschließen. Angeht dessen hob der Gerichtshof

der Verhandlung der Berliner Metallindustrie hat beschlossen, sich mit dem Vorstand des Berliner Metallindustriellen-Vereins in Verbindung zu setzen und seine Forderungen am 1. d. Oktober nachmittags zu schließen. Neue Zehntausende werden damit ausgeschlossen!

Die Tarifbewegung der Lithographen und Steinbrucker in Westl. P. ist mit einem Erfolge der Arbeiter beendet worden. Es kam eine Vereinbarung zu Stande, wonach die Arbeitszeit vom 1. Oktober ab auf 9 Stunden, vom 1. November ab auf 8 1/2 Stunden herabgesetzt wird. Ab 1. April n. J. tritt dann der Achtstundentag in Kraft. Die Forderungen werden voll bezahlt, Überstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag vergütet.

Ein neues Heilmittel hat sich die Solinger Arbeiterklasse geschaffen. Nach jahrelangen Mühen konnte am Sonntag die offizielle Gründung des Gewerkschaftshauses vor sich gehen.

Der Vorstand des Solinger Arbeitervereins ist von dem Gehilfen beauftragt worden. Es ist eine Aufbesserung des Wochenlohnes um 2 Mt. zugefanden worden, außerdem erhalten die Gehilfen Zuschläge in der ersten Lebensstunde 10 Pf., in den weiteren Lebensstunden 15 Pf. und für Sonntagsarbeiten pro Stunde 25 Pf. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher 60 Stunden pro Woche.

Die Zimmerer in Westl. P. haben nach steter, von parteilichem Streik den Abschluß eines Tarifes erreicht, der ihnen nicht unvorteilhafte Vorteile bringt. Der Tarif wurde, mit Ausnahme von einigen kleineren Unternehmen, allgemein anerkannt. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden festgelegt worden, der Stundenlohn beträgt für Gesellen 55 Pf., für Gefellen unter 20 Jahren kann ein niedrigerer Lohn, jedoch nicht unter 50 Pf., vereinbart werden. Der Vertrag hat ein Jahr Gültigkeit.

Der Jahresbericht des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz erweckt diesmal größeres Interesse, weil diese Genossenschaft im Laufe des Geschäftsjahres den zusammengebrochenen Konsumverein Connewitz zum Teil mit aufgenommen hat. In dem Berichte wird auch betont, daß verfloßene Geschäftsjahre sei eins der schwersten gewesen, denn die Liquidation des Konsumvereins Connewitz habe eine starke finanzielle Belastung verursacht. Trotzdem könne der Abschluß als befriedigend bezeichnet werden. Der Umsatz betrug 13,092,082 Mark, also 1,006,736 Mark mehr als im Vorjahre. Ein Reingehalt von 1,299,221,67 Mark wurde erzielt, von dem 1,103,868,80 Mark an die Mitglieder — 10 Prozent ihres Wareneinkaufs — zurückergeben werden sollen.

In der Generalversammlung der Plagwitzer Genossenschaft wurde vom Geschäftsführer noch folgendes über das letzte Geschäftsjahr ausgeführt: Durch die Liquidation des Connewitzer Brudervereins sei der Verein finanziell stark herangezogen worden, denn dessen Übernahme habe ihm nicht weniger als 280,000 Mark gekostet. Aber bereits jetzt sei es sicher, daß der Umsatz in den ehemaligen Connewitzer Verkaufsstellen sich bedeutend gehoben habe. Die Fleischerei allerdings habe noch kein befriedigendes Ergebnis aufzuweisen; in diesem Jahre sei es deshalb noch nicht möglich, für die in den Spezialgeschäften entnommenen Fleischwaren eine Dividende zu gewähren, er hoffe das aber für das nächste Jahr, da die erweiterte Wurstfabrikation rentabler sei, und es jetzt den Mitgliedern möglich sei, ihren Wurstbedarf auch in den Kolonialwarengeschäften zu beden.

Man erhebt aus alledem, daß es ein glücklicher Ausweg gewesen ist, daß der Konsumverein Plagwitz die Vermögensmasse des zusammengebrochenen Brudervereins übernommen hat. Selbst das Schmerzenskind, die Fleischerei, eröffnet unter der jetzigen Leitung alle Aussicht, lukrativ zu werden. Vor allem ist aber dadurch den Mitgliedern des Konsumvereinsweisen der größte Triumph zunichte gemacht worden.

Dresdener Nachrichten.

Dresden, 5. Oktober 1905.

Die Gewerksvereine und die Politik. In den Kirch-Dunderschen Gewerksvereinen erwägt man gegenwärtig die Frage, wie weit sich diese Organisationen in politischen Fragen, bei Wahlen zc. betätigen sollen. Goldschmidt und Gleichauf vertreten dabei den Standpunkt, daß die Kandidaten von den Gewerksvereinen nach ihrer Stellung zu Arbeiterangelegenheiten befragt und danach ihre Unterstützung beurteilt werden soll. Die Mehrheit im Zentralrat soll diese Ansicht nicht geteilt haben. Bei Besprechung der Frage leistet sich das „Obersächsische Tageblatt“ folgende Verherrlichung der Kirch-Dunderschen Gewerksvereine:

Die Kirch-Dunderschen Arbeitervereine nehmen in der modernen Arbeiterbewegung einen durchaus neutralen Standpunkt ein, d. h., sie lassen die Gebiete der Politik und Religion durch sich unberührt. Jeder rechtlich denkende, ehrenhafte Mann, gleichviel, welcher Partei und Konfession, wird in die Gemeinschaft der Gewerksvereine aufgenommen. Die Fernhaltung

das Urteil der ersten Instanz auf und sprach die Angeklagten auf Grund des § 477 St.-P.-O. von der Anklage frei.

Daraus folgt: Des Vergehens der Kuppelei wären also noch diesem Urteile schuldig: 1. Das I. u. I. Stationskommando Trembowia. 2. Das I. u. I. Korpskommando Lemberg. 3. Die I. u. I. gattliche Statthalterei. 4. Der Bezirkshauptmann Kruszniki und 5. der I. u. I. Bezirkskommissar Eshelbal, dem überdies auch noch eine kleine Expreßung mit unterlaufen ist. Wir sind neugierig, ob die Staatsanwaltschaft gegen sie alle die Anklage erheben wird.“

Litteratur.

Der Kunstwart, Herausgeber: F. Avenarius, Verleger: Georg D. W. Callwey in München, Westfälisch-bielerstraße (das heißt für sechs Sätze) 250 Mark, eröffnet seinen 19. Jahrgang! Ein Aufruf auf all seine Hände wird einst für den Geschichtsschreiber der deutschen Zeitschriftenliteratur schon durch die eine Tatsache von ganz besonderem Interesse sein: daß es kaum eine zweite Zeitschrift gibt, die in solcher Weise sich immer weiter entwickelt hat. Es war kein Unternehmen des Großkapitals, ganz bescheiden und klein begann er, was aber von Geld ihm zuzufloß, das wird immer wieder zu seiner Erweiterung zu seiner Verbesserung benutzt. Zunächst kamen zu dem ursprünglichen rein kritischen Inhalte einzelne Proben aus neuen Büchern, dann zu jedem Heft ein bescheidenes Bild in schlichtester Technik, dann Notenbelegungen, und jetzt zeigt ein jedes Heft, wie all diese Kräfte sich ausgebildet haben. Vor dem neuesten die vorzüglichste farbige Reproduktion eines Türerbildes, das ergreifend schön ist, dann ein vornehmer Kupferdruck, abermals eine farbige Kunstdrucke, noch eine einfarbige, alle nach den sorgfältigsten gewählten Originalen in den besten Techniken, die wir für solche Zwecke haben. Ferner acht Seiten Noten, mit denen der „Kunstwart“ wieder ein neues starkes Talent in die Öffentlichkeit führt. Im Texte bracht anregende Aufsätze, „Lose Blätter“ mit Vers- und Prosaabhandlungen dreier bedeutender Autoren, und schließlich die eigenartige Rundschau, welche die Gebiete der Literatur, des Theaters, der Musik, der bildenden und der angewandten Künste und noch allerlei sonst mit scharfen Lichtern gleichsam „ablenchtet“. Kräfte, die durchaus zu den ersten des deutschen Geisteslebens gehören, arbeiten zu solchem Ergebnis zusammen, in diesem einen Heft zum Beispiel sind allein in der Abteilung Musik Humperdinck und Weingartner, sowie Batta und Goeßler mit Originalaufsätzen vertreten. Der „Kunstwart“ hat jetzt einen so großen Einfluß und einen so ausgebreiteten Leserkreis, er erscheint in der für ein derartiges Blatt bis jetzt unerhörten Auflage von 22,000 Abzügen, daß eine weitere Empfehlung überflüssig ist.

aller politischen und religiösen Momente und Debatten darüber hat sich durchaus bewährt. Außerhalb der Organisation darf sich jedes Mitglied nach eigenem Ermessen betätigen. Man sollte deshalb ohne Not nicht an dem Bestehenden rütteln.

Die Dithrambus klingt ja sehr imponant, hat aber den kleinen Fehler, daß er mit der Wahrheit nicht übereinstimmt. In den meisten niederschlesischen Städten haben die Gewerksvereine unter Angabe ihrer Organisationsnamen öffentliche Aufrufe zu Gunsten der freisinnigen Partei bei den Stadtverordnetenwahlen losgelassen, sie und da ist das selbe auch bei den Reichstags- und Landtagswahlen geschehen. Wenn Herr Borch, der Verfasser des schönen Neutralitätsartikels, kein zu kurzes Gedächtnis hat, mag er sich an seine Regnierer Tätigkeit erinnern, kann eventuell auch den Gewerksvereiner Strohsfeld befragen. Die Auskunft wird ihm veranlassen, den Mund nicht zu voll zu nehmen.

Die städtische Säuglingsmilchanstalt, die in Verbindung mit dem Schlacht- und Viehhof in Cöln a. Rh. errichtet worden ist, wird in der „Deutschen Schlacht- und Viehhof-Ztg.“ ausführlich geschildert. Im Unterschied von dem in Breslau geplanten Unternehmen, welches Milch gratis abgeben soll und im wesentlichen für städtische Kostkinder bestimmt ist, erfolgt in Cöln die Milchabgabe an Personen unter 2000 Mark Jahreseinkommen. Die Tagesration wird für 22 Pf. abgegeben gegen Ansparskarten (wöchentliche oder monatliche), die auf den Namen des Käufers ausgestellt sind. Die Milch wird in vier verschiedenen Mischungen hergestellt: I. für Kinder im ersten, II. für Kinder im 2. bis 4. Monat, III. für Kinder im 5. bis 7. Monat, IV. (Vollmilch) für Kinder vom 8. Monat an. Eine Tagesration umfaßt sieben Flaschen, I. zu je 125 Gramm 6 Flaschen, II. zu je 150 Gramm oder 5 Flaschen, III. bzw. IV. von je 200 Gramm. Die Mischungen setzen sich wie folgt zusammen: I. 1,2 Prozent Eiweiß, 1,6 Prozent Fett, 6,5 Prozent Zucker, II. 2,2 Prozent Eiweiß, 2,7 Prozent Fett, 6,2 Prozent Zucker, III. 2,2 Prozent Eiweiß, 2,7 Prozent Fett, 6,0 Prozent Zucker. Der Zucker besteht zur Hälfte aus Milchzucker, zur Hälfte aus Rohrzucker.

Der Waldbrand auf dem Truppenübungsplatz in Neuhammer, der am 13. Juli 1901 ausbrach und bei dem damals herrschenden starken Sturme auf die Nachbarforsten übergriff, von denen er im ganzen gegen 300 Hektar Waldbestand vernichtete, war, wie seiner Zeit berichtet, Gegenstand eines umfangreichen Zivilprozesses geworden, der die 5. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts beschäftigte. Es lagte gegen den Militärkapitän 1. Herzog von Sagan, 2. Burggraf zu Dohna-Mallwitz, 3. Graf zu Solms-Wartha auf Althausdorf und 4. Graf von Ernst Ulrich in Besitz auf Schabenerhof von zusammen 72,707 Mark. Begehrdet wurde die Klage und der Ersatanspruch mit der Behauptung, daß der Militärkapitän nicht rechtzeitig die Anlage eines 12 Meter breiten Schutzbereichs gegen die Nachbarforsten fertig gestellt und nicht für dessen Unterhaltung gesorgt habe. Am 20. April v. J. wurde in dem Prozeß vor der erwähnten Kammer verhandelt und eine umfangreiche Beweiserhebung beschlossen. Jetzt fand nach inzwischen abgeschlossener Beweisaufnahme der neue Verhandlungstermin statt, in dem der Militärkapitän Oberförster a. D. Engler als Sachverständiger ge hört wurde. Nach dessen Gutachten wäre durch einen Schutzbereich von 12 Meter die Ausbreitung des Brandes auf die Nachbarforsten bei dem am Brandtage herrschenden Sturme nicht aufgehindert worden. Der Brand war durch Flugfeuer, das oft mehrere hundert Meter übersprang, verbreitet worden, so daß selbst ein Schutzbereich von ganz erheblich größerer Breite als 12 Meter kein ausreichendes Schutzmittel gewesen wäre. Das Gericht kam infolgedessen zur Abweisung der Klage und legte die Kosten den Klägern auf.

Der Zentralrat der Handlungsgesellschaften hielt gestern im Café-Restaurant eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde die Abrechnung vom vorigen Quartal verlesen. Die Einnahme betrug 209,90 Mark, darunter 115 Mark Beiträge von männlichen und 40,20 Mark von weiblichen Mitgliedern und 54,50 Mark an Aufsichtsräten. An die Hauptkassa wurden 152,96 Mark gefandt. Bei der vorgenommenen Neuwahl eines Schriftführers wurde Frau von Dillendorff gewählt. Kollege Kuchel hielt darauf einen Vortrag über „Klassengedanken und ihre Beziehungen zur Gewerkschaftstheorie“. Seine Ansichten fanden zum Teil lebhaften Widerspruch, insofern, als er die Meinung vertreten hatte, es liege nicht im Interesse des Arbeiters, daß ein Unternehmer einen Produktionszweig aufgiebt, wenn er nicht imstande ist, die üblichen Löhne zu zahlen. Es sei ungewiss, ob der Arbeiter, der dadurch brotlos wird, besserbedachte Arbeit findet. Man beschloß sich zuletzt mit der letzten Sitzung des „Vereins zum Schutze für Handel und Gewerbe“, worüber in der „Volksmacht“ berichtet wurde. Die Versammlung hält es für notwendig, daß die Gehilfenvertreter im Ausschusse des Kaufmannsgerichts hinhin wirken, daß sich auch dieses für die Einführung des Arbeiter-Lohnschutzes, sowie Verringerung resp. Beschränkung aller Ausnahmen erklärt. Die Ausführungen von Pastor Nitzsche, wonach die Gehilfen das Personal zum Austritt aus der Ortskrankenkasse veranlassen sollten, weil dort eine sozialdemokratische Mehrheit im Vorstande bestände, lägen wirklich sehr im Interesse derjenigen Gehilfen, die für die Gehilfen nicht gerne Beiträge zahlen. Die übrigen dürften von Mißständen in der Kasse noch nichts gemerkt haben.

Der Maurerverband hielt am Mittwoch im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Die Arbeit und ihre Schäden, die Lohnbewegung der Bauarbeiter und Wahl eines zweiten Kassiers. W. Bera teilte mit, daß für den ersten Gegenstand ein Vertreter des Hauptvorstandes vorgesehene war, da dieser am Erscheinen verhindert sei, müsse dieser Punkt abgesetzt werden. Die Abfrage der Wähler liege im Vordergrund des Interesses und dürfe nicht aus dem Auge gelassen werden. Sodann schilderte er die Vorgänge der Lohnbewegung der Bauhilfsarbeiter. Vor zwei Jahren zählte die Organisation dieser Arbeiterkategorie kaum 500 Mitglieder, heute aber beinahe 3000, das sei ein Erfolg, wie er schöner nicht gedacht werden könne, er regte zur Nachfeierung an. Die Unternehmer haben es sich nicht träumen lassen, daß die ungelerten Arbeiter es je zu einer solchen Stärke bringen werden, und deshalb glaubte der Arbeitgeber gegenüber der Lohnforderung eine ablehnende Stellung nehmen zu können. Vier Mal hat der Verband der Bauarbeiter den Bund um Verhandlungen ersucht, es war nur die Erhöhung des Minimalstundenlohnes von 82 auf 85 Pf. verlangt worden, die Unternehmer aber konnten sich nicht entschließen, für dieses Jahr irgend welche Zugeständnisse zu machen. Der Sinn des Vergehens war der, zu zeigen, daß die Arbeitgeber mit dem Verbands der Bauarbeiter in gleicher Weise zu rechnen haben, wie mit den Verbänden der Maurer und Zimmerer. Nach der strikten Ablehnung haben die Arbeiter die Taktik des Einzelkampfes eingeschlagen und damit einen Erfolg erzielt, auf den sie mit Recht stolz sein können. Bis auf eine einzige Fabrik sind alle Bauhilfsarbeiter beschäftigt und die ganze Lohnbewegung habe nicht mehr als 2000 Mark gekostet. Unter den Maurern, die durch die Bewegung in Mitleidenschaft gezogen worden sind, habe sich teilweise eine Mißstimmung bemerkbar gemacht. Diese Kollegen waren sich leider über die Solidarität nicht klar, die organisierte Arbeiter gegenständig zu wahren haben. Bei der Lohnbewegung handelte es sich noch darum, den Kartellvertrag mit den Bauarbeitern aufrecht zu erhalten. W. Bera wies auf die Brieger Kameraderie hin, die 22 Wochen unter den schwersten Entbehrungen einer Lohnkampfs abgehalten. Inzwischen waren bei der Breslauer Lohn-

bewegung 170 Arbeiter zu unterstützen, die Kosten betragen etwa 1200 Mk. ... Die Arbeiterbewegung im nächsten Jahre in derselben Weise von unten geben möchte. Bei dem Vorhaben der Arbeiter, die sich immer mehr und planmäßig organisieren, sei es durchaus notwendig, daß auch die Arbeiter sich bis auf den letzten Mann zusammenschließen, um auf alle Fälle gerüstet zu sein. ...

Kongert- und Vortrags-Abende von Biel, Freund u. Co. Mit dem Josef-Joachim-Duarett beginnt am Sonnabend, den 21. d. M. die Serie der sechs angeforderten Abende. Die veranstaltende Firma ersucht uns, darauf hinzuweisen, daß bestellte Billets nur noch bis Sonnabend, den 7. d. M. reserviert bleiben. ...

Verhaftung. Ein Kellerbrand brach auf unermittelte Weise am 4. d. M. Mittags in dem Hause Gartenstraße 3 aus. Es verbrannten leere Kisten, Säcke und ein Teil des Bretterverlages. Die Feuerwehr löschte. ...

Wählertod. Ein Goldene Madegasse 8 wohnender Kammerjäger wurde am 3. d. M. als Schweinischer Stabgraben von einem Blutsturz befallen und starb daran in kurzer Zeit. ...

Verhaftung. Ein Arbeiter, der auf der Obleuerstraße einem Mechaniker ein Fahrrad gestohlen und dieses einem Händler auf der Stockgasse alsbald zum Kauf angeboten hatte, wobei er sich zur Legitimation falscher Papiere bediente. ...

Polizeiliche Maßnahmen. In das Vollzugsgefängnis wurden am 3. d. M. 22 Personen eingeliefert. ...

Aus Schlesien und Posen.

Zur Wahl in Kattowitz-Zabrze.

An die Genossen! Am Donnerstag, den 12. Oktober, wird in unserem Kreise der Kampf um das Mandat zum Reichstage ausgetragen werden. Alle drei gegnerischen Parteien, Polen, Zentrum und Grundbarone, so ungleich sie untereinander sind, in der rücksichtslossten Verharmlosung der Sozialdemokratie sind sie völlig einig! ...

Sei jedermann am nächsten Sonntag früh 5 Uhr, spätestens 6 Uhr an den bekannten Stellen in Kattowitz und Zabrze am Plage zur äußerst wichtigen letzten Flugblatt- und Stimmgelbe-Verteilung! ...

am Wahltage mitarbeiten wollen, baldigt melden in Kattowitz im Gewerkschaftshaus oder bei dem Genossen Trabalski, Beatestraße 38; in Zabrze bei Genossen Kuzaj, Scheideplatz 3, 4. Etage. ...

Zugleich fordern wir diejenigen Genossen aus dem benachbarten Wahlkreisen Oleśnica und Beuthen, Königshütte, Schwientochlowitz u., welche in der Lage sind, gleichfalls am Wahltage mitzuarbeiten, hiermit auf, ebenfalls umgehend ihre Meldungen entweder an das Wahlkomitee selbst, Adresse: Fr. Trabalski, Kattowitz, Beatestraße 38, direkt oder an ihren Vertrauensmann bzw. Parteikolporteur zu richten. ...

Wenn jeder nach besten Kräften seine Pflicht tut, wird es unserer Sache auch in diesem Kampfe, trotz aller entgegenstehenden ungeheureren Schwierigkeiten, nicht am Erfolge fehlen. ...

Das Wahlkomitee.
J. A. Fr. Trabalski J. Bruhns.

Zum Wahlkampf in Kattowitz-Zabrze

wird uns berichtet: Am letzten Sonntag wurden in Kattowitz sowohl von unseren Genossen wie von den Konservativen und ebenso vom Zentrum Wählerversammlungen abgehalten. ...

teilt wurden. Die Zahl der Polen, Sozialdemokraten und Arbeiter, die trotzdem Strafen fanden, war denn auch nur gering und Herr Pörrer Kaptha konnte ohne Furcht vor etwaigen Gegnern seine politischen Freunde in Grund und Boden reden. ...

Ein vom Pörrer Kaptha herabgehender Wahlaufruf verspricht nicht weniger als allen Wählern alles mögliche Gute. Besonders gut kommen die Arbeiter vor, welchen Herr Kaptha höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Gesundheitschutz, Schutz vor Mißbrauch, Ausbeutung, schlechter Behandlung, den Ausbau der sozialen Gesetzgebung verspricht. ...

Da die bisherige eifrige Agitation des Pörrers Kaptha für Alkoholabsatz in den Gastwirts natürlich als einen sehr schlechten Vertreter ersehen läßt, die Feindschaft der Gastwirte im Wahlkampf, wo hinter dem Glaste besonders eifrig politisiert wird, dem Herrn Kaptha nicht recht gefällig erscheint, so läßt er sich in seinem Wahlaufruf zu folgender wirbigen Verheißung vor den Herren Gastwirten herbei: ...

Man sieht, wenn es sich um Wählerfang handelt, kann der eifrige Bekämpfer des Alkohols auch mal anders. Ob sein Liebeswerben bei den Herren Gastwirten ein offenes Herz findet, ist allerdings sehr fraglich. ...

Mit Herrn Korfanth, dessen Versammlung aus uns unbekannter Ursache am Sonntage polizeilich aufgelöst wurde, werden wir uns in einer folgenden Betrachtung etwas näher beschäftigen.

Der Bankrott der preussischen Ostmarkenpolitik.

Aus Posen wird uns geschrieben: Die Ortsgruppe Posen des Deutschen Ostmarkenvereins, der einflussreichste Teil der im Ostmarkenverein organisierten Ostmarken, hat unlängst seine Versammlung abgehalten, in der das Widerwärtige, Bedenkliche und vollständig Auslöse der preussischen Ostmarkenpolitik unterhält und überzeugender vorgelegt wurde, als dies die Gegner dieser Politik tun könnten. ...

Für uns und jeden anderen Deutschen war schon immer klar, daß die gegenwärtige Ostmarkenpolitik genau das Gegenteil von dem erreichte, was sie bezweckte. Durch brutale Unterdrückung und Rechtslosmachung eines Teils des Volkes ist noch kein so geringfügiges Bedürfnis erreicht worden; diese Erfahrung hat die Regierung mit dem Sozialistengesetz machen müssen, und das muß sie ebenfalls mit ihrer Ostmarkenpolitik erleben. ...

Für uns ist wertvoll, daß die eingetragenen Galaktiken diesen Bankrott der Ostmarkenpolitik selbst konstatieren müssen. In der oben erwähnten Versammlung wurde auch der kürzlich gegründete Gemeinnützige Rabattspareverein besprochen. ...

Es wurde bedauert, daß es trotz mehrfacher Bemühungen nicht gelungen sei, die Gründer zu veranlassen, ihre Schöpfung auf deutsch-nationalen Boden zu stellen. Der Ostmarkenverein in Masse insoweit in dem Westreite des neuen Vereins mit den gleichfalls mit polnischen Lieferanten arbeitenden anderen Vereinen, dem der deutschen Beamtenvereinigung (1) und des Lehrer-Wirtschaftsverbandes, trotz seines Interesses für den deutschen Mittelstand, eine neutrale Stellung einzunehmen. ...

Also der Ostmarkenverein ist bereits gezwungen, in wirtschaftlichen Fragen eine „neutrale“ Stellung einzunehmen. Damit hat er sich auch jede Erstlingsberechtigung abgesprochen, denn gerade um für die Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiete Vorteile zu erringen, war der Zweck des Vereins. ...

In derselben Versammlung wurde dann an dem Verhalten der oberen Beamten in Stadt und Provinz in nationaler Beziehung scharfe Kritik geübt. Es wurde bitter darüber geklagt, daß die hohen Beamten gar nicht wußten, um die weitere Ausbreitung des nationalen Gedankens zu fördern, sich vielmehr schematisch von dem Zentrismus für die nationale Sache fernhielten. ...

Uns wird natürlich mit alledem nichts neues gesagt; wir wissen, daß eine Politik wie die Ostmarkenpolitik der preussischen Regierung Korruption, Heuchelei, Streberei und nackten Sozialismus erzeugen muß; wir wissen auch, daß die ganze Nationalitätenfrage nur dazu dient, mit Hilfe des Volkes einigen künftigen Personen (ob deutscher oder polnischer Nationalität) ihren Ehrgeiz zu befriedigen oder auf Kosten der Allgemeinheit billige Vorteile zu beschaffen. ...

Wir wissen, daß eine Politik wie die Ostmarkenpolitik der preussischen Regierung Korruption, Heuchelei, Streberei und nackten Sozialismus erzeugen muß; wir wissen auch, daß die ganze Nationalitätenfrage nur dazu dient, mit Hilfe des Volkes einigen künftigen Personen (ob deutscher oder polnischer Nationalität) ihren Ehrgeiz zu befriedigen oder auf Kosten der Allgemeinheit billige Vorteile zu beschaffen. ...

Finsternis im Osten.

Die Verwirklichung der Bildung der unteren Volksschichten im Osten Deutschlands ist nachgerade sprichwörtlich geworden. ...

Vortrag

Im Bartz'schen Saal, Fischerstraße 5, Mittwoch, 4. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr. Eintritt frei! O. Dangschat, Prodigor.

Wie uns mitgeteilt wird, sollen diese und ähnliche Veranstaltungen immer gut besucht sein — auch von Arbeitern — zum Gaudium der herrschenden Klassen, die vor der Auflösung jenseits wie der Wammlach vor dem jüngsten Gericht. ...

Waldenburg, 5. Oktober. Der Lohn steigt — bei den Kapitalisten. Zwei bedeutende Altkriegsgesellschaften des Kreises, die „Niederösterreichische Elektrizitäts- und Kleinbahn-Gesellschaft“ und die „Karlshütte“ sind in der Lage, ihren Aktionären die Dividenden zu erhöhen. ...

Die „Karlshütte“ in Altmünster erhöht den Entbehrenslohn der Altkriegsinhaber von 6 Prozent auf 6 1/2 Prozent. Da nach Aufnahme der Schweindtner Handwerkskammer die Eisenindustrie im Allgemeinen besserer Konjunktur fähig ist, dürften auch für diese armen Kapitalisten ein paar feste Jahre hereinbrechen. ...

Freiburg, 4. Oktober. Lohnbewegung der Holzarbeiter. Die Holzarbeiter nahmen am Montag in einer überfüllten Versammlung den Bericht der Kommission über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung entgegen. ...

Langenbielau, 4. Oktober. Einseitliche Rechtsprechung. Gelegentlich der Fastnachtzeit hatte der Badermeister Ringel im sozialdemokratischen „Proletarier“ und im „Langenbielauer Anzeiger“ Plannutzen empfohlen mit der Bemerkung, daß in 20 Plannutzen Zettel mit Nummern enthalten seien und daß die Käufer solcher Plannutzen ein Geschenk gratis erhielten. ...

Neurobe, 4. Oktober. Was Debel's Rede einem Amtsanwalt beweist. Wegen angeblicher Beleidigung der Militärvereine hatte sich vor dem Schöffengericht der Bergmann Marx zu verantworten; in einer Versammlung sollte er gefragt haben, daß die Militärvereine die Mitglieder anzuwerben, und wenn ein Verdrüssnis ist, so haben sie nur ein kluges Gebraue und weiter nichts. ...

Stirzberg, 4. Oktober. Das konservative Klatschblatt „Stirzberger Tageblatt“ ist am 1. Oktober an einen neuen Besitzer übergegangen. Bekanntlich ist dieses Klatschblatt schon seit Jahren nicht mehr recht lebensfähig. ...

St. Petersburg, 4. Oktober. Agrarische Prozesse. Einem interessanten Einblick in die Art und Weise, wie manche Agrarier sich vor dem Bohngarten brücken, gewährt eine Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer über die der Folgende berichtet: Der Landwirt Franz St. aus Kitzbühel wurde bei einer Gütsbesteherin in Neuforge, und als er am 1. Januar d. J. ordnungsmäßig seinen Dienst verließ, schuldete ihm die Gütsbesitzerin 277 Mark 12 Pfennig an den Lohn. St. ließ sich einen Schuldschein über 277 M. ausfertigen und ging im Februar zu der Gütsbesitzerin und bat sie, den Schuldschein zu unterschreiben, was aber die Gütsbesitzerin verweigerte. Später erhielt St. 200 Mark in bar (7 Mark hat er schon vorher erhalten). Die 70 Mark erklärte die Gütsbesitzerin augenblicklich nicht zahlen zu können. Darauf soll St., der damals betrunken gewesen ist, gesagt haben, er schenke der Gütsbesitzerin zu ihrer Hochzeit die 70 Mark. Schließlich unterschrieb St. auch eine Quittung, wonach er von der Gütsbesitzerin nichts mehr zu bekommen hätte. Das Beste kommt aber noch; man verstand es, dem nicht sehr intelligenten und damals betrunkenen St. seinen ganzen sauren verdienten Lohn wieder abzunehmen. Der Schwager der Gütsbesitzerin verkaufte dem St. ein Schwelm und es wurde auf seine Kosten ein mehrjähriges Schwelmfest gefeiert. Es muß dabei sehr hoch hergegangen und auch die Teilnahme muß sehr stark gewesen sein, denn es wurden außer einer großen Menge Schnaps zum Beispiel auch noch 325 Flaschen Lagerbier getrunken. Als das Fest zu Ende war, war dies auch mit dem Gebe der Fall. Nun wollte St. wenigstens einen Teil seines ursprünglichen Vermögens retten, tat dies in einer Weise, die ihm aber verhängnisvoll werden mußte. Er ließ von einer Bekannten den bereits früher vorbeschriebenen Schuldschein mit dem Namen der Gütsbesitzerin unterschreiben. Dann versuchte St. von einem Fleischermeister in Niederschlo auf diesen gefälschten Schuldschein 70 Mark zu erhalten. Der Fleischermeister gab jedoch kein Geld und St. verbrannte schließlich den gefälschten Schuldschein. St. kommt bei der ganzen Geschichte am schlechtesten weg, denn erst hat er 1 1/2 Jahre gearbeitet, ohne Lohn zu bekommen, und obendrein muß er noch wegen Urkundenfälschung und verübten Betruges 3 Monate in das Gefängnis wandern.

Dem agrarischen Völkchen, das den Kernstein aber um seinen Lohn brachte, geschieht natürlich nichts. Wir Sozialdemokraten werden es uns auch im Falle der Katastrophe mehr angelegen sein lassen, die Landarbeiter über ihre Rechte und darüber aufzuklären, wie sie sich vor ähnlicher Grabsarbeit schützen können.

Görlitz, 5. Oktober. Petrusprozess Künzner. Vor der hiesigen Strafkammer begann gestern die Verhandlung gegen den früheren Pécamerer Direktor Künzner aus Pöthenau. Künzner wird beschuldigt: 1. Aus der Pécamererkasse 12.000 Mark gestohlen und 2. seiner Firma 2000 Mark unterschlagen zu haben. An der Verhandlung sind 38 Zeugen geladen. Um 3 Uhr wurde die Verhandlung abgebrochen und die Fortsetzung auf Donnerstag früh 9 Uhr festgesetzt.

Kattowitz, 5. Oktober. Wo die Schwarzen herrschen. Das Erben der „Wunderwahl“ und „Höllchen“ Agnes Skabon aus Söhnitz überfiel jetzt schon alle Grenzen. Als sie nämlich erfuhr, daß von der Staatsgewalt gegen die etwa 100 Leute, die in der Wohnung ihrer Eltern Anstalten untergebracht sind, vorgegangen wird, befahl sie diese nach dem Ballfahrtsort Altdorf und nahm ihnen, der „Grenz-Reitern“ zufolge, dort den Eid ab, davor zu sorgen, daß sie nach wie vor trenn zu ihr halten mögen und zwar so lange, bis Gut wieder wird. „Die Zeit wird kommen, wo die „Wunderwahl“ mit Leiden und Blut bedeckt sein wird.“

Kattowitz, 4. Oktober. Liberale Einigkeit. In der „Katt. Rita.“ vertritt die Oberbehörde des liberalen „Oberl. Tageblatt“ gegen das auch liberale Wahlkomitee folgendes „Eingeladene“:

Am Inseratenteil der „Katt. Rita.“ Nr. 227 findet sich ein Wahlaufruf zu Gunsten des Herrn Dr. Hans Volk. Unter den Unterschriften ist auch mein Name vorhanden. Ich erkläre hiermit: Ich bin erst am Sonntag nach fast zweiwöchentlicher Abwesenheit nach Kattowitz zurückgekehrt. Vorher vorher habe ich persönlich meine Namensunterzeichnung zu irgendwelchem Wahlaufruf hergeben noch jemanden dazu ermächtigt, solches für mich zu vollziehen. Ich kann daher nur annehmen, daß hier ein mir unexplizitlicher Artum obwaltet. Ich bin nicht in der Lage, auf Grund der Tätigkeit des Herrn Dr. Volk im Parlament, es recht aber nicht nach seinen Ausführungen im Grand Hotel, seine Kandidatur zu empfehlen und werde demzufolge auch, bei aller Berücksichtigung seiner persönlichen Eigenschaften, ihm meine Stimme nicht geben. Hochachtungsvoll H. K. Volk.

Feiler hat weder Herr L. noch sein Blatt irgendwelchen Einfluß, so daß seine Eingangserei ohne Wirkung sein wird. Höchstens daß seine wirklich liberalen Freunde für den Sozialdemokraten stimmen werden.

Rösigshütte, 5. Oktober. Denunziationswut eines Polizisten. Vor dem Schöffengericht hatte sich der Kaufmann Sack aus Schwidowitz wegen Beamtenbeleidigung zu verantworten. Die Beleidigung sollte dem Hilfs-Amts-erganten Sack ergolten haben. Die Verhandlung endete jedoch mit einem

Freispruch, weil gegen die eidlichen Aussagen des Sack Gegenzeugen wirksam auftraten und die Angekl., wie der Vorsitzende des Gerichtshofes in der Urteilsbegründung besonders hervorhob, auf die Denunziationswut des Sack zurückzuführen sei.

Reuthe, 5. Oktober. Ein Gattenmörder. Vor dem Schwurgericht hatte sich der Zimmerhauer Johann Schmiegel aus Draego wegen Mordes, begangen an seiner Ehefrau, zu verantworten. Am 18. Juni brühte der Angekl. mit seiner Frau seine in Choroow wohnenden Eltern. Auf dem Rückweg setzte er in einigen Lokalen ein. Auf dem Wege zwischen Godytschitz und D. gezwang machte ihm die Frau deshalb Vorwürfe. Darauf zog er einen Revolver und feuerte aus unmittelbarer Nähe auf seine Frau drei Schüsse ab, die diese in den Kopf trafen. Die Frau starb einige Stunden später. Auf Antrag des Beibringers wurde die Verhandlung vertagt und die Staatsanwaltschaft beauftragt, die Verze zu ermitteln, welche den Angekl. behandelt, da es nicht ausgeschlossen ist, daß er geistig nicht intakt ist.

Bromberg, 4. Okt. Vor dem Gewerbegericht. Klage am 3. d. M. der Möbelfabrikant Krieger gegen den Tischler M. auf Entschädigung wegen Kontraktbruch in Höhe von 12 Mark. Beklagter stand bei dem Kläger 1 1/2 Jahre in Arbeit, am 2. September d. J. kündete derselbe sein Arbeitsverhältnis bei Krieger auf. Am 13. September Vormittags, also noch vor Ablauf der diesjährigen Kündigungsfrist, legte Beklagter mit noch 13 weiteren Tischlern jedoch schon die Arbeit nieder, weil Krieger sich weigerte, den Tarifvertrag, den die hiesigen Tischlermeister mit den Tischlern abgeschlossen haben, anzuerkennen. Wegen die oben erwähnten 13 Tischler, gegen die Krieger auch Klage wegen Entschädigung angestrengt hatte, nahm er dieselbe jedoch noch vor dem Termin zurück, weil der Zustand bereits beendet und die 13 Tischler wieder bei ihm in Beschäftigung eintraten. Es kam eine Einigung zustande, nach welcher M. an K. für 4 Tage, die er vor Ablauf der Kündigungsfrist aufhörte, je 2 Mark zu zahlen hat. Der Antragsrichter A. Klage gegen den Malermeister Suschall auf Auszahlung von zu Unrecht eingehaltenen Lohnes in Höhe von 1.98 M. Bei der Einstellung des A. fragte S. diesen, wie viel Lohn er auf der vorhergehenden Stelle gehabt habe, dieser gab an, 35 M. Stundenlohn, worauf S. sagte, auf, dann sangen Sie an. Bei der ersten Lohnzahlung erhielt S. von S. dann auch pro Arbeitsstunde 35 M. auszuzahlen. Bei der zweiten Lohnzahlung zahlte ihm aber nur 32 M. pro Stunde aus, weil er seiner Meinung nach nicht mehr verdienen sollte, der auch auf eine Einigung eintrug, an S. den kritischen Betrag auszuzahlen. Krieger in seiner Arbeit mehr erhalten! Wenn der Arbeiter also keine Arbeit mehr bekommt, weil er wenigstens, wenn er das zu verdanken und — an wem er sich schuldig zu halten hat.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Eine Selbstmordepidemie ist in Ols angedroht. Innerhalb weniger Wochen haben sich dort zehn Fälle an Selbstmord oder Selbstmordversuch ereignet. — Aus der Erziehungsanstalt in Augusthills waren am Sonntag die dreizehnjährigen Zwillinge Max Madoll und Wilhelm Hermann entwichen, indem sie über die Anstaltsmauer kletterten. Die jugendlichen Kletterer sind am Montag in Prielesgeronnen worden. — Unter Verhaftungsercheinungen zum Teil schwer erkrankt sind in Pöcken eine Anzahl Personen, die in der vorigen Woche an einer Kochschule in Ebersdorf teilgenommen haben. Unter den Kranken befindet sich auch das junge Ehepaar. — In der Rudersdorf Herzmagenwägen ereignete sich ein schwerer Unfall, indem der dortselbst beschäftigte Arbeiter Gregor aus Klein-Andritz in eine Kalkgrube stürzte und sich den Unterleib in hiesiger Weise verbrannte. Der Schwerverletzte wurde in das Kreiskrankenhause gebracht, wo er inzwischen erholten ist. — Geran hinterläßt Frau und Kinder. — In Friedland wurde das 3 1/2 Jahre alte Mädchen des Ritters Panzer herbeigeführt. Das Kind, dessen Eltern beide in Arbeit gehen, bestand sich bei einer Frau in Pflege. Vorigen Donnerstag gegen Abend hatte die Frau in Belourna häuslicher Anwesenheit auf einen Augenblick die Wohnung verlassen, wie sie wieder zurückkommt, war das Kind verschwunden. Trostlos half überall nach ihm gesucht wurde, war es nicht aufzufinden. Erst am nächsten Morgen, als der nach dem Knoll'schen Betrieb führende Mühlgraben abgelassen wurde, fand man es unter dem Wasserwerk. Das Kind hat jedenfalls seiner Pflegemutter nachgehen wollen und ist dabei in den dort am Hause vorbreitenden, ziemlich tiefen Graben gefallen. Am allgemeinen, so schreibt man uns dann, muß man überhaupt glauben, daß an dieser Stelle nicht schon längst ein dezenteres Ungeheuer passiert ist. Rechts an dem Graben entlang führt der Fußweg nach Göltenau, links der Weg nach dem Knoll'schen Betrieb und amischen diesen Wegen fließt das tiefe Wasser des unverbunden und auch nicht einmal durch einen Runn abgeleiteten Grabens. Bei Nacht, besonders in regner Jahreszeit, herrscht auch in diesem Viertel unbeschreibliche Finsternis. Dieser traurige Fall zeigt deutlich, wie nötig es ist, hier Abänderung zu schaffen.

Standesamtliche Nachrichten.

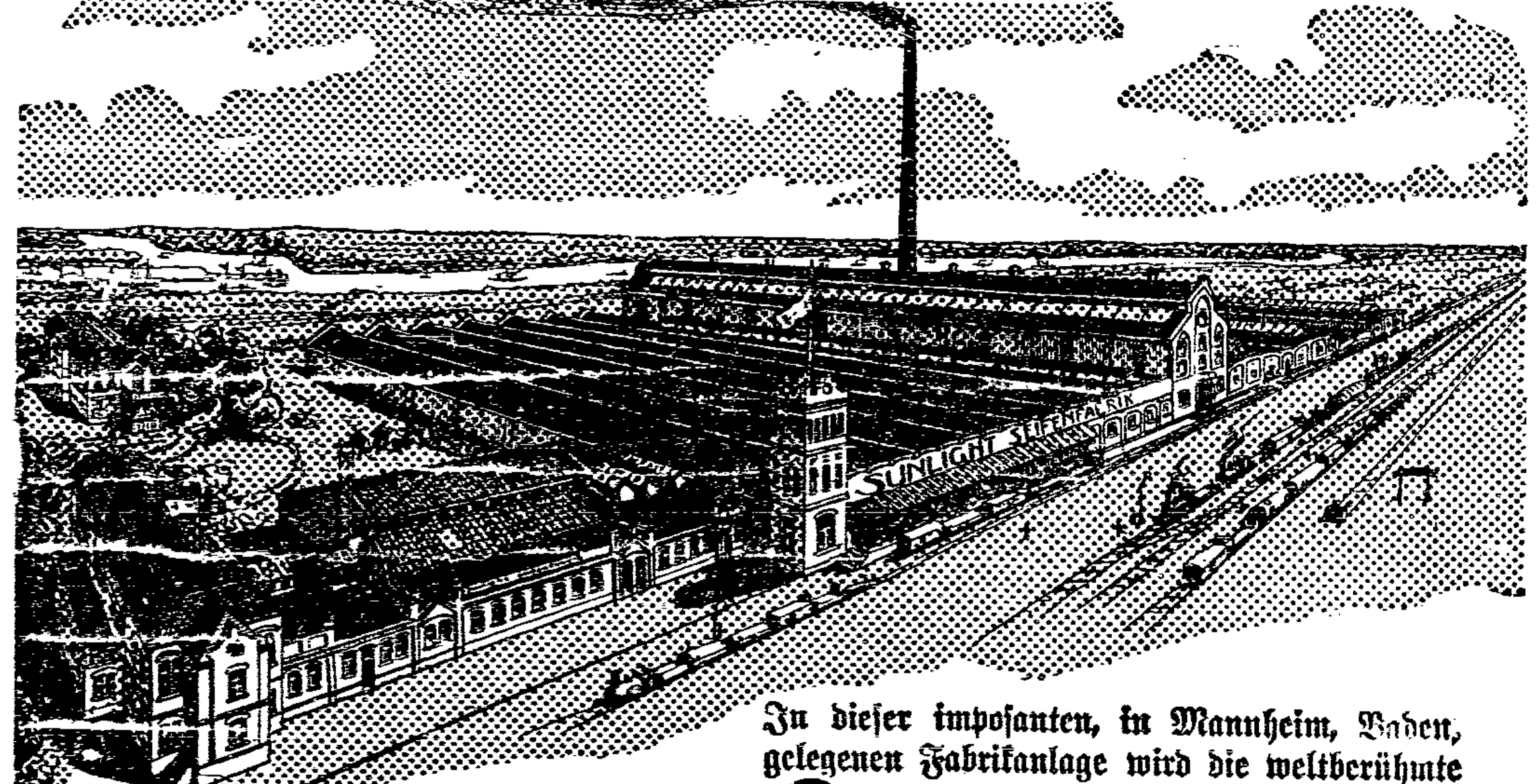
Helms- und Kindtaufen. I. Gärtners Joh. Meiß, kath., Karuthstraße 12, und Marie Schmidt, kath., ebdaselbst. — Kaufmann Richard Gärtners, kath., Graben 6. und Hans Sellmann, kath., Mannhiserstr. 6. — Katholisch Pfarrer Paulus Martin Franz und Elisabeth Gerlach, ev., in der Elisabethkirche 1/2. — Ganshändler Albert Garzer, ev., Kleine Grobenaasse 17/18, und Bertha Underla, kath., ebdaselbst. — Ganshändler Heinrich Reichel, kath., Münterstraße 16, mit Maria Weik, kath., ebdaselbst. — Bureaubeamter Felix Ritsch, kath., Antonienstr. 17, und Melante Venckner, ev., Matthiaskoppl 7. — Schlosser Paul Spiller, ev., Volensstr. 18, und Maria Wamtel, kath., Elbasserstr. 24. — Metzgerei Ingeborg Friede, ev., Königstraße 16, und Emma Barck, ev., Friedrichs-Parkstr. 62. — Kaufmann Philipp Hahn, jüd., Kischergasse 8, und Marie Pawlowsky, jüd., Alexandrstr. 32. — Tischler Gustav Schindwahn, altluth., Lorenzenstr. 20, und Anna Voat, ev.-luth., Purogasse 44. — Arbeiter Gustav Beckmann, luth., Köhlerstr. 10, und Minna Thiel, geb. Köhler, kath., Weiskerstraße 19. — Maler Paul Deier, kath., Köhlerstr. 12, und Elisabeth Stur, kath., Scheitnigerstr. 16. — II. Dienstreicher Richard Scheel, ev., Körnerstr. 90, und Ida Schenl, ev., Körnerstr. 6. — Antreiber Max Wisemann, ev., N. Laurentienstraße 24, und Marie Klotz, ev., Palmstr. 24a. — Arbeiter Adolf Reich, kath., Substr. 104, und Elisabeth Köhler, kath., hier. — Maler Leo Rabian, jüd., Pöthenstr. 34, und Friede Baron, jüd., Köhlerstr. 17. — Schlosser Carl Köhler, ev., Neue Laurentienstraße 31, und Martha Mengel, ev., Köhlerstr. 8/10. — Fleischer Fritz Jenke, ev., Andriessstr. 13, und Anna Krömer, ev., Keldstraße 10c. — Radierer Paul Staffeltius, kath., Elbasserstr. 14, und Marie Werner, kath., Mendorferstr. 28. — Ganshändler Rob. Pöcher, ev., Köhlerstr. 80, und Pauline Deller, geb. Koroda, kath., Maurischstr. 9a. — Fleischer Robert Seidel, ev., Neue Laßenerstraße 1a, und Minna Köhler, ev., N. Laurentienstr. 34. — IV. Kaufmann Alfred Maier, kath., Laurentienplatz 5, und Mary Pfeiffer, kath., Passerana-Pöthenstraße in Galizien. — Rentner Richard Köhler, ev., Auguststraße 36, und Margarethe Gregor, geb. Volk, ev., Gartenstraße Nr. 101. — Hauptmann Pado von Windtisch, ev., Gohenscheiderstraße 62, und Theodora von König, ev., Köhlerstr. 34. — Arbeiter Carl Dreßg, ev., Gräblichenerstr. 58, und Agnes Uste, kath., Holsteistraße 25.

Eheschließungen. II. Bauarbeiter Julius Schick, ev., Klosterstraße 125, mit Bertha Klein, evana., Klosterstraße 130. — Expeditionsschreiber Heinrich Pöcher, evana., Neue Laurentienstr. 36, mit Emma Morawick, geb. Kalle, evana., hier. — Tapezierer Max Pöcher, ev., Prielesstraße 1, mit Minna Döcker, ev., Pöthenstraße Nr. 15. — Kaufmann Reinhold Döcker, freizeilig, Gräblichenerstr. 7, mit Elisabeth Döcker, ev., Alexandrstr. 13. — Pöthen-Abt Heinrich Köhler, ev., Köhlerstr. 34, mit Katharina Gremme, evana., Pöthenstraße 29. — Lokomotiv-Hilfsheizer Paul Walter, kath., Pöthenstraße Nr. 44, mit Gertrud Neuenhauer, kath., Substr. 15. — Stadtschreiber Petrus-Pöthen-Hilfsheizer Reinhold Schubert, kath., Ohlaustr. 32a, mit Alice Mathe, ev., Neue Laurentienstr. 59. — Köhler-Gymnasial-Oberlehrer Friedrich Semrau, evana., Köhlerstr. 81, mit Katharina Döcker, ev., Pöthenstr. 9. — Schlosser Carl Keller, ev., Pöthenstraße Nr. 32, mit Emma Pöcher, evana., Schreienberg, Kr. Briesa. — Zimmermann Robert Starcke, evana., Pöthenplatz 7, mit Martha Otto, ev., Pöthenstraße 23. — Volksschullehrer Hermann Pfeiffer, kath., Pöthenstr. 34, mit Maria Köhler, kath., Pöthenstraße 29. — Gymnasial-Oberlehrer Dr. phil. Carl Köhler, ev., Malldorf, mit Erna Braun, ev., Ohlaustr. 17. — Arbeiter Alfred Hartmann, kath., Neue Laurentienstr. 22, mit Emma Pfeiffer, evana., hier. — Antreiber Josef Scher, kath., Köhlerstr. 3, mit Auguste Schwabe, ev., hier.

Geburten. I. Zimmermann Hermann Roboh, ev., L. — Fabrikarbeiter Wilhelm Pöcher, evana., Köhlerstr. — Schlosser Georg Mannich, kath., S. — Bierknecht Gustav Köhler, ev., Tochter. — Arbeiter Emil Wisemann, ev., L. — Kirchner Robert Köhler, kath., Tochter. — Arbeiter Wilhelm Kulle, ev., S. — Maschinenwärter Carl Weik, ev., S. — Bahnarbeiter Carl Kreibe, ev., Tochter. — Arbeiter Ernst Neumann, ev., S. — Hausknecht Max Schöppe, ev., L. — Arbeiter Ernst Pöcher, evana., L. — Schlosser Friedrich Köhler, ev., L. — Schmied Hans Döcker, kath., L.

Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

4. u. 5. Oktober.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Mora. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 10.0	+ 8.8	+ 11.0
Luftdruck bei 0 (mm)	743.8	736.6	734.3
Luftdruck (mm)	4.6	6.1	6.4
Luftfeuchtigkeit (pCt.)	50	72	65
Wind (10-12)	W 3	S 3	S 3
Wetter	bewölkt.	bedekt.	bewölkt.



Sunlight Seife

In dieser imposanten, in Mannheim, Baden, gelegenen Fabrikanlage wird die weltberühmte

hergestellt; ihre Fabrikation geschieht auf Grund der höchsten Eigenschaften der chemischen und der technischen Wissenschaft. Der beste Beweis für die unanfechtbare Güte dieses Fabrikats bleibt der unerreichte

hohe Absatz über die ganze Welt. In allen zivilisierten Ländern, auf dem ganzen Erdumfang bringt sie Reinlichkeit, Gesundheit und Glück in Millionen von Haushaltungen, in den Palästen wie in die Hütten. Sunlight Seife ist die Vorkämpferin der Hygiene. Die Marke „Sunlight“ kann sich des größten Erfolges von irgend einer Seife der Welt rühmen.